

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktagen. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 20. bis 26. Jan. 55 Goldpfng. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgepflanzte Petzelle oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpf., Verhandlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige. Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle.
905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Zageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 12.

Montag, 21. Januar 1924.

31. Jahrgang.

Amtlicher Unsug!

Berlin, 19. Januar.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Bei aller Kritik an dem Verhalten der bürgerlichen Mittelparteien gegenüber den Bestrebungen der Schwerindustrie und der Militärherrschaft, die wir jetzt seit Wochen geübt haben, muß doch festgestellt werden, daß zum mindesten das Zentrum und die Demokraten in den letzten Tagen ihren Ansturm gegen die Tendenzen der Unterdrückung, wie sie sich in den bestehenden Schichten geltend macht, verstärkt haben. Der „Offene Brief“ des früheren Reichsanzalters Dr. Wirth, der in erster Linie seiner eigenen Partei galt, aber auch darüber hinaus seine Wirkung nicht verfehlte, hat eine erfreuliche Bewegung gegen die soziale und politische Reaktion eingeleitet. Ihre Sinnen und Trachten zielt darauf ab, die Errungenheiten der Nachkriegszeit aufrechtzuerhalten und durch die Zusammenfassung aller Republikaner und ehrlichen Demokraten sie endgültig sichern zu helfen.

Der Wille zum Handeln gegen die Reaktion, gegen die bisher ausschließlich die Arbeiterschaft den Kampf geführt hat, hat eine gewisse Förderung durch die letzte Sitzung der Deutschen Nationalen Reichstagsfraktion erfahren. Sie führte bekanntlich zu dem Beschluss, von der Reichsregierung die Aufrechterhaltung des Ausnahmestandards zu verlangen und gab damit vor aller Offenheit zu erkennen, wem der Ausnahmestandard dient. Nur von diesem Gesichtspunkt aus wurde der deutschnationale Beschluss gefasst, und nur unter diesem Gesichtspunkte haben wir und alle ehrlichen Republikaner ihn zu werten. Selbst rechtsgerichtete Persönlichkeiten innerhalb der Reichsregierung sind durch den deutschnationalen Fraktionsbeschluss stolz geworden. Endlich leuchtet auch ihnen ein, daß der Ausnahmestandard nicht länger aufrechtzuhalten werden kann, weil er sich letzten Endes in seiner Auswirkung gegen die Politik der Regierung und deren Parteien richtet. Die Kopfschmerzen, die diese Tatsache ausgelöst hat, führen innerhalb des Kabinetts bereits zu dem Ergebnis, daß der Ausnahmestandard bis zum 1. März abgebaut werden soll. Voraussichtlich wird diese Absicht noch sehr geheim gehalten, weil die Herren, in deren Hand es liegt, der Militärherrschaft ein Ende zu machen, scheinbar Furcht vor der deutschnationalen Agitation haben, die darauf verweisen könnte, daß der Verzicht auf den Ausnahmestandard eine Kapitulation vor der Sozialdemokratie bedeuten würde.

Aber angenommen, daß die Furcht vor der deutschnationalen Agitation nicht das ausschlaggebende Argument bei der Festsetzung des Termins zur Aufhebung des Ausnahmestandes bildete, so bleibt die Absicht, der Militärherrschaft erst in fünf Wochen

ein Ende zu machen, doch ein Wahnsinn und u. E. auch ein Zeichen von mangelndem Verantwortungsbewußtsein in den eigentlich verantwortlichen Kreisen. Nachdem die Regierung den Termin einmal festgesetzt, hat sie in gewissem Sinne die andauernden Behauptungen der Sozialdemokratie bestätigt, daß der Ausnahmestandard sozial nicht mehr begründet ist. Infolgedessen wäre es ihre Pflicht gewesen, schon aus politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Gründen das Ausnahmerecht sofort abzubauen. Denn wenn die Regierung heute weiß, daß in fünf Wochen die Möglichkeit besteht, einem Zustande, der den deutschen Staatsbürgern eine unterschiedliche Behandlung zuteil werden ließ, zu beenden, dann ist das doch ganz bestimmt viel eher sofort möglich. Nach dem „Einverständnis“, das zwischen Herrn Marx und dem bayrischen Ministerpräsidenten Knilling in Homburg erzielt wurde, und dem Ausgang der Kabinettsskrise in Sachsen sollte man das erst recht annehmen. Oder seit wann befindet sich ein Hessischer in amtlichen Diensten, der der Regierung mitgeteilt hat, daß in den nächsten fünf Wochen noch ein Ereignis vorstehen geht, für dessen Erledigung die Aufrechterhaltung des Ausnahmestandards nötig erscheint und daß sich nach dieser Zeit wieder alles in Ruhe und Ordnung vollzieht? Wir können tatsächlich nicht umhin, die Absicht des Kabinetts naiv zu nennen; denn außer der Regierung dürfte in Deutschland kein Mensch befähigt sein, Beschlüsse auf Wochen hinaus zu fassen, die an bestimmte Ereignisse gebunden sind, ohne daß aber jemand weiß, welcher Art diese Ereignisse sein können!

Jedenfalls ist voraussichtlich für uns das wichtigste, daß die Regierung mit ihrer Absicht, bis zum 1. März den Ausnahmestandard aufzuheben, ein Geständnis für die Überflüssigkeit der bestehenden Militärherrschaft abgelegt hat. Gerade deshalb haben wir allen Anlaß, mit noch mehr Entschiedenheit als bisher gegen einen Zustand, der für große Bevölkerungsschichten nichts anderes als Rechtslosigkeit bedeutet, anzukämpfen und gemeinsam mit den Kräften aus dem anderen Lager, die bereit sind gegen die soziale und politische Reaktion den Kampf zu führen, zu marschieren. Wir haben nie eine Koalition mit den republikanischen Mittelparteien abgelehnt, solange die Möglichkeit hierzu bestand, und sind deshalb auch heute noch bereit, diese Koalition einzugehen im Sinne eines Kampfverbündnisses zur Aufrechterhaltung der Errungenheiten aus der Nachkriegszeit. Gelingt das, dann muß der Belagerungszustand früher fallen als es die Reichsregierung beabsichtigt; denn einem geschlossenen Willen der arbeitnehmenden Schichten des Volkes kann sich auch die Regierung nicht widersehn.

Grafemanns Antwort.

Der Reichsaufzunister hat am Sonnabend anlässlich eines Empfangs der in Berlin tätigen Auslandsjournalisten eine Rede gehalten, die als Antwort auf die am Freitag erfolgte Rede des französischen Ministerpräsidenten zu werten ist. Poincaré hat bekanntlich wiederholt von deutscher Seite zurückgewiesene Vorwürfe erneut gegen Deutschland erhoben, ohne auch nur im geringsten die schon früher von der Reichsregierung angeführten Tatsachen irgendwie in Rechnung zu stellen oder auf sie auch nur einzugehen. Deshalb konnte die Rede Dr. Grafemanns, der übrigens in letzter Zeit wieder eifrig mit Herrn Stinnes sympathisierte, nicht, kein Ereignis sein, sondern lediglich ebenfalls eine Wiederholung alter, bekannter Tatsachen bilden. Nur über eines bringt sie Aufklärung. Aus ihr geht hervor, daß die Reichsregierung voraussichtlich den schriftlichen Meinungsaustausch mit Paris und Brüssel nicht fortführen wird, sondern die Absicht hat, zunächst das Ergebnis der 3. St. in Paris stattfindenden Sachverständigen-Beratungen abzuwarten.

Wir sind bisher immer für eine aktive Außenpolitik eingetreten, die den Kriegsverlust in Rechnung stellt und ohne Rücksicht auf Prestigejerufen eine Verständigung über das Reparationsproblem sucht. Ob eine separate Politik im Augenblick möglich ist, wo in Paris die Sachverständigen zusammensitzen, ist im Augenblick äußerst schwer zu sagen. Jedenfalls scheint auch uns, daß gerade jetzt in außenpolitischer Beziehung äußerste Vorsicht am Platze ist und die Regierung erst dann handelt, wenn sie positive Unterlagen dafür hat, daß es notwendig scheint, den Meinungsaustausch zwischen Paris und Brüssel durch konkrete Vorschläge schriftlich fortzusetzen.

Dr. Schacht in Paris.

Paris, 19. Januar.

Der Präsident der Reichsbank Dr. Schacht ist am Sonnabend nachmittag 2 Uhr in Paris eingetroffen. Er hat sich vom Bahnhof aus direkt nach dem Sitz des Sachverständigen-Ausschusses begaben, wo er mit dessen Mitgliedern zum Zwecke der Führungnahme eine als inoffiziell anzusehende Besprechung hatte. Die erste gemeinschaftliche Sitzung findet am Montagnachmittag um 3 Uhr statt.

Der Sachverständigenausschuss ist noch einem offiziellen Commissaire neuerdings in eine Prüfung der Lage der deutschen Eisenbahnen und ihrer Rentabilität eingetreten. Er hat zu seinen Beratungen zwei der bekanntesten Eisenbahnsachverständigen, von denen einer englischer, der andere französischer Nationalität ist, hinzugezogen. Innerhalb des Sachverständigenausschusses scheint

eine starke Tendenz zugunsten der völligen Unabhängigmachung der deutschen Eisenbahn vom Reiche und ihre Uebertragung an eine oder mehrere Privatgesellschaften vorzuherrschen. Es ist bedauerlich feststellen zu müssen, daß der Ausschuß auf diesem Wege bestärkt wird durch die Machenschaften bekannter deutscher Großindustrieller, die seit einiger Zeit in Paris eine für die nationalen Interessen Deutschlands verherrrende Aktivität entfalten.

Zum Projekt Litvin.

SPO. Paris, 20. Januar. (Sig. Drahtb.)

Der vom „Soz. Parlamentsdienst“ veröffentlichte Reparationsplan des Herrn Litvin findet in der französischen Presse starke Beachtung. Der „Deuvre“ warnt davor, den Litvinischen Plan mit dem Reichsberg zu sehr zu verwechseln; denn, wenn auch das Pfand das gleiche sei, so besteht doch ein großer Unterschied darin, in welcher Weise dieses Pfand für die Reparationen nutzbar gemacht werden solle. Bei dem Litvinischen Projekt handle es sich nicht um ein Geschäft zwischen Industriellen, bei dem die beiden Staaten nur eine Vermittlerrolle spielen, sondern darum, ein effektives Vermögensstück zu konstruieren und daraus wirkliche Reparationszahlungen flüssig zu machen. Es habe außerdem den Vorteil, Frankreich und Deutschland nicht mit den übrigen Mächten in Gegensatz zu bringen, und sein besonderes Verdienst liege darin, daß es auf dem Gedanken basiere, die deutsche Industrie die Hauptlast der Reparationen tragen zu lassen.

Elives Bericht.

Der englische Generalkonsul Elive hat den Gesamteinindruck seiner Feststellungen in der Pfalz Pressevertretern gegenüber dahin zusammengefaßt, daß die „autonome Regierung“ der Pfalz mehr als 90 Prozent der Bevölkerung gegen sich habe und daher auf die Dauer nicht zu halten sei. Die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung haben dem Generalkonsul gegenüber trotz der Anwesenheit seiner französischen Begleiter mit Mut und Offenheit ihre Beschwerden gegen die Separatisten und ihre französischen Förderer vorgebracht und einstimmig betont, daß sie diese Bestrebungen verurteilen und am Reiche und an Bayern festhalten.

Die französische Propaganda in der Pfalz wird auf jede nur mögliche Weise betrieben. So war für Sonntag, den 6. Januar, bereits zum dritten Male innerhalb eines Monats die Bevölkerung zu einem großen Eisenbahnfest der französischen Eisenbahngesellschaften mit Tanz im Saale der Eisenbahndirektion Ludwigshafen unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Dubois eingeladen worden.

Die brauen Lübeder.

Dr. L. Lübeder, 21. Januar.

Vor einigen Tagen gewährte das Hamburger volksparteiliche Organ, der „Correspondent“, den Nein-Sagern beim Lübecker Volksentscheid eine sehr gnadenreiche Zensur: es nannte sie „unsere brauen Lübeder“.

Was in der Welt doch für Veränderungen vorgenommen. Das hätten Roß und sein Anhang sich auch nicht träumen lassen, daß sie so schnell zu den „brauen“ Lübedern gezählt würden. Und ausgerechnet noch mühte das Hamburger Stinnesblatt diese Zensur ausstellen.

Tausende Proletarier haben die Diskussionsrede von Roß im Gewerkschaftsgebäude gehört. Aber nicht alle haben die wesentliche Stellungnahme herausgehört: Der bürgerliche Senat muß verschwinden! Aber auch diese Bürgerschaft muß verschwinden.

Nicht mit einem Wort forderte Roß seine Anhänger auf, mit Ja zu stimmen. Wer Ohren hatte zu hören, der verstand die Melodie. Es war ein Gaukelpspiel! Die kommunistischen Mitläufer wurden irre. Die geprüften Spinner des roten Fadens von Mostau aber hatten schon vorher gewußt, wie der Haß gesenkt werden sollte.

Wenn die Kommunisten die Neuwahl der Bürgerschaft erzwingen wollten, weshalb dann nicht ehrlich spielen? Weshalb nicht vorher klipp und klar die Forderung aussprechen? Weshalb erst dem Kapital und seinen gedankenlosen Mitläufern den stillen Siegesjubel zuschanzen?

Als am Abend des 6. Januar die Selbstropfen knallten, da überlegten wohl sehr wenige der wohlbeleibten Herren, daß die Kohlenfäuste mitknallen, die kommunistische Hinterhältigkeit in den letzten Tagen in die Arbeiterschaft gepumpt hatte.

Vielleicht ist es auch manchem nichtkommunistischen Proletarier, sei er Beamter oder Angestellter, der unter dem Druck einer beispiellosen Heze mit Nein wählte, nachträglich doch noch eingefallen, daß man zu dem Selbst- und Siegesgesetz von „dem ganzen Volk“ plötzlich nichts mehr wissen wollte, sondern schön unter sich blieb. Doch müssen das diese Proletarier mit sich selbst ausmachen.

In einer Danzigung an alle diejenigen, die mit Nein gestimmt haben, obwohl sie eigentlich auf die Ja-Seite gehörten, also an alle Nichtgesetzsträger, wendet sich jetzt Bürgermeister Neumann an sein Volk. Er allerdings ist nicht so hilfsvoll gnädig wie der Hamburger Correspondent, er nennt nicht alle seine Leute „braue Lübeder“. Nein, er zieht mit vieler Bedacht einen Trennungsrifch. Er scheidet die Schafe von den Bösen. Sicher war es ihm in der ganzen Gesellschaft doch nicht so recht wohl. Mit einer vorsichtigen Stilisierung schüttelt er alle diejenigen Nein-Wähler, die nur aus taktischen Gründen einem hohen Patriatia geholfen haben, ab.

Uns scheint, daß gerade der Bürgermeister diesen Abgeschütteten sehr unrecht tut. Denn niemand würde sich in dieser abgeschütteten Umgebung besser ausnehmen als Er, Er selbst.

Seit rund vier Jahren steht er an der Spitze eines republikanischen Gemeinwesens, das von einer sozialistischen Parlamentsmehrheit regiert wird, oder wenigstens regiert werden soll. Alle Mittel läßt er sich von der sozialdemokratischen Partei bewilligen, alle Regierungshandlungen sind nur dadurch möglich, daß diese Partei sie deut und verantwortet. Aus taktischen Gründern offenbar hat der Herr Bürgermeister gegenüber dieser Partei den republikanisch-demokratischen Biedermann herausgehängt.

Und jetzt? Jetzt stürzt er sich in eine Kampffront mit Deutschnationalen, Deutschen und Kommunisten gemeinsam auf die Sozialdemokratische Partei. Er gibt seinen Namen, für den die sozialdemokratische Partei vier Jahre lang, oft schweren Herzens, die Verantwortung vor der Öffentlichkeit tragen mußte, zu einer gemeinsamen, verlogenen, gehässigen und persönlichen Heze gegen die Sozialdemokratie her. Auch aus taktischen Gründern!

Politisch zu werten ist solch ein Verhalten nicht. Als politisches Charakterbild gehört Bürgermeister Neumann also neben den Kommunisten Roß.

Wenn des Bürgermeisters Haß gegen die Sozialdemokratie sein Gedächtnis noch nicht völlig getrübt hat, so erinnert er sich vielleicht eines kleinen Vorfalls in der Stadtthalle. Jemand ein Diskussionsredner sprach von dem „Landesverräte“ Ludendorff. Und sofort brach die Mehrzahl der Bürgermeisterversammlung in entrüstete Protest- und Ruituze an. Und dieser Anhänger eines Hauptfeindes der Republik benutzt das Oberhaupt einer Republik mit sozialistischer Mehrheit als Saalschuh, als wütendste Einheitsfeuer gegen den „Marxismus“. Auf einem anwesenden „Demografen“ gesiegt“ zeigte sich dabei eine gewisse Verlegenheit. Der Bürgermeister aber hatte offenbar kein Gefühl für die Gesellschaft, in die er sich begeben hatte.

Bitte, es war doch alles nur Taktik gewesen die vier Jahre über. Was kann der hohe Herr dafür, daß die dummen Sozialdemokraten das geglaubt haben? Auf das Herz kam es an, und das war, ist und wird sein: alldeutsch und kaisertreu.

Die Taktik in allen Ehren! Aber warum denn dann die Kommunisten abhütteln? Die haben doch weiter auch nichts anderes getan als der Bürgermeister und sein engerer Anhang seit vier Jahren.

Wir haben unsere Meinung zu Lübecks politischer Entwicklung in den letzten Jahren und in der nächsten Zukunft am Sonnabend ausgeführt. Wir werden diese ersten grundlegenden Ausführungen ergänzen und ergänzen lassen durch ein klares kommunalpolitisches Programm. Wir hoffen, daß dadurch die Plattform geschaffen

wird zu einer hochlichen Auseinandersetzung der verschiedenen Meinungen. Damit auch die „brauen Lübecker“ sich darüber eine Ansicht bilden können, wohin sie wirklich gehören. Die „Lübraven“ wissen es ja längst.

Mit dem ewig heruntergeleerten Kredite vom wirtschaftlichen Wiederanbau ist in Wirklichkeit nichts geschafft und nichts aufgebaut. Dieses Kredite hören wir aus dem Munde der Spezial des Kapitals seit vier Jahren. Wir verlangen auch von der anderen Seite ein klares Program und eine Rechtfertigung für die Kontinental- und Zinssatzpolitik der letzten Jahre.

Eins aber werden wir uns nicht noch als gefallen lassen! Die Benehmen der gesamten politisch nicht denkschlägigen Bevölkerung durch gezwistete und vertigende Wahlshwindelerien persönlicher Art. Wir werden uns diesmal einen solchen Kampf nicht gefallen lassen. Wir werden diesmal gegen solche Kampfesweise mit aller Schärfe vorgehen. Die ersten Ausruhe der kapitalistischen Parteien bringen ja schon die Anzeichen dafür, daß man in die Geleise der Unentschließungspropaganda auch diesmal einbiegen will.

Wir haben gewornt! Wenn rücksichtsloser und erbitterter Kampf mit ehem Willen gewünscht wird, wir sind bereit. Wir würden solche Entwicklung gerade in jetziger Zeit bedauern. Aber: Wir sind auch dazu bereit!

Aud aus unserer Seite sind die schneidigsten Waffen und die
guten Gründe! Lassen uns aus Leid der Tanz beginnen!

Gemeenteelencoördinator Delflandse Heide?

Seit Wochen führt die Sozialdemokratie den Kampf gegen das überflüssige Ausnahmerecht. Sie steht in diesem Bestreben, allen Staatsbürgern das ihnen nach der Verfassung zuliegende

gleiche Recht im Gegenangriff zur Gegenwart niedergeschlagen nicht mehr allein Demokratien und Zentrum sind hinsichtlich des

mehr altem, „Demokraten und Sozialen und hinzufüglich des Ausraumersfündes der gleichen Meinung wie die Sozialdemokratie und auch in den Reihen der Volkspartei wird sie vielzach gereift.“ Das steht nicht etwa in einem sozialdemokratischen Blatt, sondern in der bürgerlichen „Vorläufigen Zeitung“ vom Freitag abend, die darüber hinaus ergänzend mitzuteilen weiß, daß der Haustwiderstand gegen die Aufhebung

Die Versorgung der abgebauten Beamten.

Das Reichsfinanzministerium hat die Beamtenpensionsorganisationen zum 24. Januar erneut zu einer Besprechung über die Verjüngung der abgeholteten Beamten eingeladen. Die Besprechungen werden sich hauptsächlich auf die beabsichtigte Anstellung der ausgetretenen Beamten und die Umwandlung ihres Wartegeldes in eine Rente beziehen. In diesem Zusammenhang wird auch der vom Heimstättendienst der deutschen Beamtenkasse aufgestellte Entwurf eines Landabfindungsgesetzes mitberaten werden. — Der Reichswirtschaftsrat will sich ebenfalls in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit befassen.

Schufatrat und Profitinteresse.

Die private Wirtschaft führt seit geraumer Zeit einen wütenden Kampf gegen die Tarifpolitik des Reichsverkehrsministers. Tatsache ist nun, daß die Frachten gegenüber dem Friedensstand und denen im Zustande bedenklich übersezt sind und so, infolge dieser Sünden im Reichsverkehrsministerium, die Kalkulation der Wertermreise sehr belasten. Aber auch hier will die kapitalistische Wirtschaft das Kind mit dem Bade ausschütten. Im Organisationsausschuß, der am Donnerstag im Reichsverkehrsministerium tagte, wurde von „verschiedenen Seiten“ die Tarifpolitik Desers in kritischer Weise angegriffen und u. a. Anpassung der Fahrpreise in der dritten und vierten Wagenklasse an die Leistung, Heraufsetzung der fürstlich niedrig gehaltenen Zeitschaftskarten, Wegfall der Vergleichsangestalt für soziale und kulturelle Zwecke und Abbernahme dieser Lasten für die in Frage kommenden Hoheitsverwaltungen gefordert. Weiter stellten die „verschiedenen Seiten“ an den Reichsverkehrsminister das Aninnen, die Gütertarife mit den jeweiligen Erfordernissen des Wirtschaftslebens in Einklang zu bringen.

die Vaterländst der Schwerindustrie, die ja am liebsten sofort dem Meile die Eisenbahn nähme, nicht verleugnen. Die Angreifer schärferten sich in der Sitzung wohl selbst am besten, indem sie betonten, daß die deutschen Fahrpreise in den Polsterklasse 1. und 2. Klasse gegenüber dem Auslande viel zu hoch seien und eine Reduzierung erfordern.

Zu übrigen ist zu bemerken: Die vorgeschlagenen Mittelchen dürften, wenn der Reichsverkehrsminister die guten Rathschläge auch annimmt, zum eine Verbesserung herbeiführen und werden sicherlich mehr Schaden als Nutzen. Sie eröffnen aber auf jeden Fall Aussicht, wie wir Freunde und Genossen die Geschäftsführung der Reichsverkehrsamt e. V. Karatinstitut denken.

Schiffspflichten, ist eine Verbilligung der Frachten geboten. Sie kann durch d. r. o. das Verkehrsministerium nur dann herbeigeführt werden, wenn die Preise für Kohlen und Materialien, die heute noch durchweg überteuert sind, herabgesetzt werden und so die Belastungen der Reichseisenbahnen drücken. An den „verschiedenen Stellen“ liegt es also, die Gütertarife und auch die Tarife in den Pöhlkassen mit den Erfordernissen des Wirtschaftslebens in Einklang zu bringen.

Stichwortfunktion.

Der Kreditbankausweis vom 22. Dezember 1923 weist die offizielle Tätigkeit der Schatzanweisungsschuld nach. Sie betrug am 15. Dezember noch 21,87 Trillionen. Aus dem unverzinslichen Kredit des Reiches bei der Rentenbank ließen sich im Anfang gegen Papiermark weitere 21,9 Millionen Rentenmark im Verkehr abziehen, deren Umtausdertlös zur Deckung des Reichskredites auf Schatzanweisungskonto Verwendung fand. Der Notierungsumlauf erfuhr abermals eine Erhöhung, und zwar um 60,4 Trillionen auf 474,6 Trillionen. Die Veränderung des Nettoverkaufs in Millionen Goldmark (eine Goldmark = eine Million Papiermark) ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

23. October. 30. October. 7. Novbr. 15. Novbr. 22. Novbr.

+ 181 + 175 - 102 + 247 + 58,5
Der Kommentar erklärt die Vermehrung durch Ankäufe von
Sparbriefen, Verkauf von Papiermark gegen Rentenmark und den
südwestlichen Bank-Kreditbedarf vor Weihnachten. Die Industriekredite
zeigen ebenfalls eine leichte Zunahme. Die Ausleihung in
Papiermark ist im Lombardgeschäft hauptsächlich auf lombardierte
Betriebe gewachsen um 48,7 auf 123 Milliarden Mark, im Renten-
markgeschäft um 64,3 auf 79 Millionen Rentenmark. Die
deutsche Kreditanstalt liegt um 27,2 auf 195,2 Millionen
Rentenmark. Der Goldbestand blieb unverändert.

© Copertina percorso

Die Nachberechnungen über die dritte Steuerneinberichtigung, die seit Wochen innerhalb der Reichsregierung im Gange waren, sind abgeschlossen. Die dritte Steuerneinberichtigung ist jetzt vom Reichstag abgelehnt und dürfte dort vorerst ebenfalls in den nächsten Tagen tatsächlich abgelehnt werden. Gedann wird sie dem Reichsrat, dem Kabinettsrat und dem Finanzministerium des Reichstages vorgelegt. Am 27. Februar herauszugeben dürfte die Errichtung kaum vor Ende des Monats beginnen.

Über den Inhalt der Verordnung läßt sich vor ihrer Erfüllung durch die Ausübung Gewaltes nicht legen. Doch heißt jedenfalls, da das Reichsinnenministerium Lizenzen ursprünglichen Charakter des Gesetzes der Aufzersetzung fallen gelassen hat, daß fürstlich eine Ausweitung in politischem Umfang zu erwarten sein wird. Schwerpunkte aber liegen aller Gewaltverordnungen. Es ist vielleicht anzunehmen, daß die Strafverfolgung nach wie vor die Aufzersetzung der Räthe-, Standes- und Gemeindebeamten abdeckt, also auch die der "Garde" inschließen. Die Maße der kleinen Leute, die alles für den Staat ausrichten haben, soll als erneut kühnster geöffnet werden da die Verteilung die alte Geltung privaten Zwecken möglicher machen.

Die großen Erfüllungen des vergangenen Jahres jedem Arbeitnehmer und zugleich den Betriebsräten für das Jahr 1924 waren mit einem Unheil besiegelt, der unvermeidlich auf die Verschärfung des Wettbewerbsmarktes hinaus, kein Zweifel mehr für 1925 im Sinne des kleinen Betriebes zum zulässigen Gewinnzweck zu überleben. Um 20. Dezember ist die zweite Gewinnverrechnung einzuladen werden, die von einer Betriebskasse zur Erfüllungsfeststellung für das Jahr 1923 für Betriebsvermögens- und Gewinnzwecke abfertigt. Die Erfüllungsfeststellung ist dann also nicht mehr möglich, um Gewinnverhältnisse festzulegen zu können, wie das im vorigen Jahre gehegt. Dagegen hat das Reichswirtschaftministerium die Erfüllungsfeststellung für Gewinnzwecke aus dem Jahre 1923 bisher nicht angeordnet. Gleiches gilt Reichswirtschaftministerium mindestens, mit den ebenfalls den Gewinnzwecken irgend etwas entgegen zu treten? War es nicht möglich gestellt, daß im Monat November, als die Herstellung der Gewinnzwecke mit der Gewinnverrechnung nicht beginnen sollten, die über längere Periode laufenden Erfüllungen auf 12—15 Tagen zu ganzen Gebetstappiken auf und über einen Monat verteilt werden müßten? Sollen die Gebetstappiken nun auch noch den Zinsaufschlag berücksichtigen werden, das kommt doch gar nichts dazwischen! Deshalb sollte das Finanzministerium bestimmt folgen, daß auch die überflüssige und nugile Einsetzung der Gewinnzwecken dem Wirktrichter erfordert bleibt. Es kommt allein darauf an, daß der Arbeitnehmer darum steht, daß keine Gewinnzwecke vom Arbeitgeber auf willig zum Fazit und Gewinn der Gewinnzwecken rezipiert werden.

gen, indem sie und ihre Kampforganisationen gemeinsam mit allen Bünden und Gruppen der nationalistischen Bewegung in allen acht bayrischen Landtagswahlkreisen sogenannte völkisch-soziale Blocks aufmachen, die ihre eigenen Kandidatenlisten aufstellen. Solche Blocks wurden bereits gebildet in Oberbayern (München), Schwaben (Augsburg) und Mittelfranken (Fürth). Die Nationalsozialisten werden also genau wie ihre doppelzüngigen Kumpane von der äußersten Linken im Wahlkampf Stuttgart und Halle auf das Parlament spucken, gleichzeitig aber alle erdenklichen Maßnahmen machen, um möglichst viele Sitze im Parlament selbst zu gewinnen.

Die Entwicklung in England.

630. London, 19. Januar.

Der parlamentarische Berichterstatter des „Manchester Guardian“ verbürgt, daß die Liberale Partei ganz zielbewußt vorsteht, in dem sie an ihrem Entschluß festhält, der Regierung Baldwin das Misstrauen auszuweichen. Für sie sei die Hauptaufgabe, daß die Regierung des Schutzzolles geschlagen werde. Alles habe sich bisher programmatisch entwickelt. Was nun nach der Bildung der Arbeiterreraierung geschehen werde, müsse abgewartet werden und hänge von den Ereignissen und der Politik der liberalen Baldwin ab. Bedenkt würden die Liberalen über jeden von der Arbeiterreraierung eingebrachten Gesetzesentwurf und über jede von ihr beschlossene Maßnahme mit der größten Sorgfalt wachen. Aber diese Wachsamkeit werde von gutem Willen und nicht von unfreundlichen Gefühlen inspiriert seyn.

Digitized by Google

Der Verlauf der verflossenen Woche hat eine Reihe von besonderen wertvollen Erkenntnissen für eine Besserung der Wirtschaftslage ergeben. Gute Kenner der deutschen Industrie rechnen jetzt bestimmt mit einem, wenn auch nur bescheidenen Konjunkturumschwung binnen Monaten fest, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Preise noch ganz bedeutend heruntergehen. Man hat zur Erholung der unter Führung des Herrn Hugo Stinnes durch die Inflation aufgestößter Kaufkraft mancherlei Mittel vorgeschlagen. Sie sind aber z. T. zu kompliziert und versprechen keine unmittelbare Wirkung oder aber zu kostspielig, so daß, wie die Tage nun einmal liegen, Kräftigung der Kaufkraft nur durch weiteren Preisdruck erfolgen kann. Die Widerstände liegen aber im Handel in der Schwerindustrie, die es nicht verschämt hat, die Deutschen selbst über angebliche Preiserhöhung noch irrgreifen. So wurde z. B. vor kurzem mit diesem Hallow eine Rohstoffpreiserhöhung von 20 Prozent verkündet. Die Kaufnehmer waren aber sehr enttäuscht, als die Werte die neuen Preise z. B. für die beiden Hobelsorten Deutsch 1 und 3 auf der Haftungsgrundlage Wehler statt wie bisher Libet berechneten, wodurch tatsächlich nur eine Preiserhöhung von 9 Prozent eintrat. Anschließendes darüber hinausliegenden Festhaltens an dem überlasteten Preisenreco ist ein anderes Mittel mehr zu geben als den vor normalem Zeit gebotenen Schutz gegen fremde Einflüsse zu verwenden. Es bedauertlich die Bedrohung des deutschen Marktes durch fremde Konkurrenz auch ist, muß doch immer wieder betont werden, daß unsere Industrie sich diesen Wettbewerb ja erst selbst auf den Hals geladen hat und ihn erst durch reinlistische genare Preisgestaltung und zwar auch für das Ausland ausschöpfen kann. Eine beratige Preisgestaltung wird für die Verbesserung des deutschen Marktes und für die Wiedereroberung der Märkte im Auslande von größerer Wirksamkeit sein als sozialpolitische und andere Maßnahmen, die u. a. der Kreislig der Reichs-Müllerbende in einer am Sonnabend dem Ernährungsminister überreichten Denkschrift fordert. Bekanntlich werden französische Mehl in beträchtlichen Mengen durch die früheren Altkirchener Müllwerke nach dem Südwesten Deutschlands eingeführt. Amerikanische und tschechoslowakische Mehl sind so billig, daß sich der Einkauf und die Verarbeitung deutschen Betriebes für die Mühlenreien angeblich kaum noch lohnt. Wir müssen die volkswirtschaftlichen Gefahren einer Agrarkrise förmlich zu löschen. Sie ist aber durch die mit ihrer Ernte zurückhaltende Landwirtschaft und die hohen Profitroten der Mühlen selbst verhindert werden und kann eben nicht durch Zölle und andere Einfuhrmittel aus der Welt schaffen. Die Auswirkungen der Kriegszeit haben uns aber wie ein schneidendes Gemitter und Scherfz notwendig, um die Produktion und den Markt, die ja während des Krieges und nach dem Kriege direkt groteske Formen angenommen hatten, wieder normal zu gestalten. Deshalb lehnen wir die in der Polung einer Neugestaltung der Handelspolitik betriebene Jahrtausendswand als schädlich für die gesamte Volkswirtschaft und die sich vollziehende wirtschaftliche Sanierung ab.

Die Kardinalfrage allerdings, ob bearündete Hoffnung auf eine allgemeine Besserung und derende Sanierung vorhanden ist, lässt sich natürlich nicht klar beantworten. Die Zustände im Ruhrgebiet treiben anscheinend einer neuen Katastrophe entgegen. Man kann ht nur auf die franco-belgische Eisenbahngesellschaft verweisen, die leider immer noch von einigen Militärs und Amateur-Ingenieuren als Spielzeug betrachtet wird, während sie doch niemals rentabel sein und sich bezahlt machen kann, wenn die riesige Werkstätte an der Ruhr und Emmerich nicht wie früher voll arbeitet. Wirtschaftliche Notwendigkeiten scheinen aber endlich nach unheilsuellen Experimenten wirtschaftspolitischer Art die notwendige Einsicht erzwingen zu wollen. Die gesamte Breite der Welt hat z. B. die Projekte zweier Deutschen, der Großindustriellen Rechberg und Litwin, mit ossem Ernst besprochen. Beide Projekte, die bekanntlich auf die Erfassung der Schwerte basieren, sind sicherlich geeignet, eine gemeinsame Basis zur Regelung der Reparationsfrage finden zu helfen. Allerdings scheinen derartige Pläne in Frankreich mehr Verständnis zu finden als bei der deutschen Regierung. Nur erschlichen Gründen lässt Herr Stinnes in Deutschland alle Minen springen, um neue politische Torheiten, die wir dann bezahlen müssen, zu prophezieren, sodass eine Opposition gegen diesen Selbstbetrüger und „Schüler des Kapitals“ mit der unmisslichen politischen Hand in der deutschen Wirtschaft nur natürlich erscheint.

Unseres Willens hat der Gedanke einer Verständigung mit Deutschland auf wirtschaftlicher und finanzieller Grundlage in Frankreich nicht ungewöhnliche Aufschwünge gemacht und zwar, was besondere Bedeutung verdient, in makroebenen Wirtschafts- und Regierungskreisen. Dort wird man sich darüber klar, dass der Rückgang des Franken nicht allein die Folge der Spekulation ist, sondern der natürliche Wechselkurs des unerledigten Reparationsproblems. Auch in weiten Kreisen der englischen Wirtschaft erscheint man in einem franco-deutschen Zusammenarbeiten nicht mehr in dem Maß den Gottsebeirus zu sehen, wie das noch vor kurzem der Fall war. Diese Wandlung ist natürlich. Für England sind auf die Dauer anderthalb Millionen Arbeitslose nicht zu ertragen, die aber immer vorhanden sind, wenn Englands bester Kunde, Deutschland, auf dem Markt aussäfft. So hat der Gipfel des Zusammenarbeitens mit den beiden Kontinentalmächten und eine notwendige Verteilung der Märkte nach dem Prinzip einer Weltbedarfsdeckung nicht unbeträchtlich an Boden in England gewonnen. Unsere Pflicht ist, angesichts der weitreichenden Stützenden Machtmittel, die ohne weiteres starke Hemmungen bedeuten, die Gedanken wirtschaftlicher Vernunft in

DIE WIRTSCHAFT.

Die Blöds gegen die Sanierung.

Die Privatwirtschaft hat die Verlängerung der Arbeitszeit und die Reduzierung der Löhne mit der Notwendigkeit begründet, die Preise zu senken. Wir haben dieser einseitigen Wirtschaftsreform von Anfang an stetig gegenübergestanden. Die Entwicklung in der deutschen Preisbildung während der letzten Wochen hat unsere Aussage bestätigt: Die weit über den Friedensstand liegenden Preise stagnieren seit geraumer Zeit, die Indices weisen seit Wochen kaum eine Veränderung auf und eine Reihe von Waren, z. B. Baumwolle, Häute, Leder, zeigt in ihrer Preisbildung die bedenkliche Neigung zur Steigerung. Das ist um so verwunderlicher, als Handel und Industrie schon seit langem mit verkürzter Arbeitszeit und reduzierten Löhnen arbeiten. Die demagogische Maitrion der Privatwirtschaft hat beide Faktoren als ausgeschlaggebend für unverlässliche für die Preisermäßigung bezeichnet. Trotzdem sich nun verlängerte Arbeitszeit und ermöglichter Lohn unmittelbar auf die Kostensteigerung auswirken, erscheint die augenblickliche Erstarrung des Preisniveaus, die nichts anderes als völker Stillschweigen des Preisabbaus bedeutet.

Welche Gründe kommen für diese unübliche Erstarrung in Frage? Die beste Antwort erteilt uns wohl aus die Frage des Präsidenten der Hamburger Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, Senator Dr. Schubmann. Wörtlich erklärte er noch vor wenigen Tagen: „Für dringend notwendig halte ich für Handel und Gewerbe eine noch genauere Durchkalkulation aller Preise. In Wohlneinde noch mehr als in Hamburg hat man die reinen Goldpreise mit Unarten belastet, die die Papiermarktkalkulation notwendig mache.“ Der Hamburger Senator hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Während nach Kriegsende die Produktion zurückging und die Handelsmengen zusammenbrachen, vermehrte sich das Händlerium, sodass die Warenverteilung sich automatisch verteuerte. Der Händler, der sich nach dem Kriege behaupten wollte, musste höhere Gewinne einkalkulieren. So erhöhen sich die Gewinnspannungen auf den einzelnen Verteilungsstufen, die heute ohne weiteres noch immer die wesentlichsten Ursachen für das überreiche deutsche Preisniveau sind.

Als unter dem Zwang der Warentriebe der Preisabbau begann, nahm die Händlerchaft nur widerwillig Reduzierungen der Profite vor. Dann legte sie sich, begünstigt durch die von dem festen Gold befreiten Weihnachts- und Inventur-Käufen stetig zur Weit: „Billiger darf es nicht mehr werden!“ Wieder der Ruf aus dem den Abhan flüchtenden Händlerkreis. Es war also natürlich, dass die Händlerchaft angesichts der wiedererwachenden wirtschaftlichen Konkurrenz, besonders im Detailhandel, zur Verteidigung der bedrohten ungerechtfertigten Profite rate den Schritt zum Preisfestsetzen. So hat z. B. der Verein Berliner Lebendhändler in seiner letzten Sitzung beschlossen, allwöchentlich eine Festlegung der Lebendpreise durch eine Kommission des Vereins vornehmen zu lassen. „Die Neuerung soll dem Interesse des Detailhandels dienen und die Forthaltung von Verlusten, die sich aus unvorhergesehenen Preischwankungen ergeben können, beziehen.“ In der Praxis bedeutet der Preisfestsetzung aber nichts anderes als eine Auschaltung der freien Konkurrenz, die sich eben schüchtern wieder ans Tageslicht gewagt hat. Das Berliner Beispiel wird natürlich in der Provinz Schule machen, und so werden sich allwöchentlich die Detailhändler zusammenfinden und der Käuferschaft solche Preise distillieren, die wohl im Interesse der zahlreichen Händler, aber nicht im Interesse der Volkswirtschaft und der Allgemeinheit liegen. Es handelt sich bei Weißdrägen höchst und ähnlich Art um nichts anderes als um bloße innerhalb der Händlerchaft gegen Preisabbau und notwendige Vereinigung des Handels, über um eine juristische Form zu finden, um eine gemeinsame Verbredung von Personen, unberechtigte Preise durchzusetzen, wodurch nur das Einstreben des Wirtschaftsministeriums und des Kartellgerichts notwendig wird, da damit der Tatbestand nach dem Kartellgesetz ohne weiteres erfüllt ist.

Wir sollen in der Republik ein Wirtschaftsministerium haben, wenn wir auch seit geraumer Zeit trock der Missstände in der Wirtschaft nichts von ihm hören. Allerdings erwarten wir von dem gegenwärtigen Leiter dieses Ministeriums nicht allzuviel. Jedoch erscheint uns die Niederoberung der freien Konkurrenz, wie sie

augenblicklich durch die Händlerschaft versucht wird, für so fatalos, dass die Regierung trock ihrer bläßsinnigen Mittelstandspolitik doch wohl notwendungen einzutreten rückt.

Aus gut unterrichteter Quelle erfahren wir, dass die Regierung in diesen Tagen eine weitgehende Veränderung beim einen Abbau der geltenden Pachtshöchstordnung beabsichtigt. Man begründet diese Maßnahmen mit der Notwendigkeit, aus dem landwirtschaftlichen Grundbesitz möglichst viele Steuereinnahmen zu erzielen. Das Ziel ist gewiss richtig, aber wie immer soll das auf Kosten der kleinen Landwirte und Pächter geschehen, während der Großgrundbesitz stark geschont wird. Dabei ist allgemein bekannt, dass heute schon Tausende von Pächtern Anrechte auf Herabsetzung der Pachtpreise stellen müssen, weil die Pachtpreise, die in der vergangenen Zeit noch tragbar waren, unter den heutigen Verhältnissen viel zu hoch sind. Die von den Pachtvertragsämtern festgesetzten Preise haben vielfach die Friedenshöhe erreicht und sind zum Teil darüber hinausgegangen. Die jetzt geltende Pachtshöchstordnung bietet die Möglichkeit die Interessen der Pächter und Vermieter gleichzeitig zu wahren und ist durchaus geeignet unter Pachtrecht in geordnete Bahnen zu lenken. Durch die jetzigen Absichten der Regierung wird diese Entwicklung fühlbar verschoben, zugunsten des die Arbeit ausbeutenden kapitalistischen Grundägertumers.

Dass hierzu der Arbeitsminister Dr. Braun seine Hand hiebt, ist doppelt bedauerlich. Wie will man es überhaupt rechtfertigen, eine derartige Gesetzesänderung durch das Ermächtigungsgesetz vorzunehmen, wo auf diesem Wege doch nur falsche Fragen geregelt werden sollen, die keinen Nutzen dulden? Die jetzige Pachtshöchstordnung gilt aber noch bis zum 30. September 1924. Die Eile und die Geheimnißschärfe, mit der jetzt unter der Herrschaft des Ermächtigungsgesetzes die Pachtshöchstordnung in ungünstiger Weise verändert werden soll, gibt zu den schwersten Verdachten Anlass.

Die Vereinigung will's deutscher Schlaflosfabrikanten in Dresden, teilt mit, ihre Preise, die ungefähr 19-20 Proz. über dem Friedenspreis liegen und noch im Monat Dezember 1923, im Monat Januar 1924 eine Steigerung von 7 Proz. erzielt haben, nicht abbauen zu können. Die Vereinigung beruft sich darauf, dass die Preise für Kleid und anderes Material noch überschritten sind und die Löhne der Arbeiter erfasst (?) werden müssen. Die drei eingeführten Preise können die überlegten Preise der Schlaflosfabrikanten aber nicht rechtfertigen. Bedenkt ist ihre Kalkulation noch mit hohen Profiten überzogen, was unserer Ansicht nach eine genaue Überprüfung ergeben wird.

DEVISEN-MARKT.

Wöchentliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	19. Januar.	18. Januar,
	(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1.576.055
Buenos Aires	1 Peso	1.266.777
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	175.500
Kristiania	1 Kr.	597.500
Kopenhagen	1 Kr.	732.165
Stockholm	1 Kr.	1.102.288
Helsingfors	1 finn. Mark.	105.735
Rom	1 Lire	185.535
London		17.915.100
Neuyork	1 Dollar	4.156.500
Paris	1 Frs.	1.229.8
Zürich	1 Frs.	7.200.4
Madrid	1 Peseta	538.157
Portugal	1 Escudo	129.675
Japan	1 Yen	1.875.000
Rio de Janeiro	1 Milreis	448.588
Wien	1 Kr.	59.950
Piaz	1 Kr.	122.002
Jugoslawien	1 Dinar	48.578
Budapest	1 Kr.	147.080
Bulgarien	1 Lewa	30.172

Petrograder Gemeindewirtschaft.

SPD. Die Finanzlage der deutschen Städte ist nicht leicht. Mit Recht blicken sie auf das sozialistisch verwaltete Wien, das dank einer energischen und zielbewussten Mehrheit zu neuem Leben und Aufblühen erwacht. Es ist interessant, diesem Bild des Blühs die Darstellung gegenüberzuhalten, die die bolschewistische „Economischesche Shirk“ in ihrer Nummer vom 11. Januar über den Zustand der Petrograder Finanzwirtschaft entwickelt.

Der Petersburger Korrespondent des Blattes schildert lang und breit die amüsante Historie von dem monatelangen Streit zwischen der örtlichen Petrograder Sowjetbürokratie mit der zentralen Reichsfinanzverwaltung, die der dauernden Defizitwirtschaft in Petrograd ein Ende bereiten will, da sie natürlich die Kosten bezahlen muss. Eine zentrale Kommission arbeitete in Petrograd drei Monate (!) an der Kontrolle des örtlichen Budgets. Die Petersburger stehen auf dem Standpunkt, dass die Gemeinde sich nicht selbst erhalten kann und begründen das charakteristische Weise folgendermaßen:

„Die Petersburger Häuser sind zerfallen, die großen granitnen Ufermauern sind in einen solchen Zustand geraten, dass, wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen wird, die Ufermauern mit den Basassen und Fundamenten in die Neva rutschen. Es sind bedeutende Kapitalsanlagen notwendig, um ein für alle Mal die Gemeindewirtschaft Petrograds auf die Beine zu stellen und einen Weg zu einer höheren und fundierten Entwicklung zu finden!“

Die Untersuchungskommission der Reichsfinanzverwaltung kommt insofern zu dem Ergebnis, dass Petersburg eine einmalige Kapitalsunterstützung von fünfzig Millionen Goldrubel erhalten muss. Das sind nach deutschem Gelde 107 Millionen Goldmark! Außer dieser Bewilligung von ungeheuren Summen, die notwendig sind, um notdürftig die Folgen der bolschewistischen kommunalen Verwaltungspolitik wieder auszugleichen, wird der Beschluss gemacht, das Budget durch vollständige Drosselung der Ausgaben zu balancieren. Im ursprünglichen Gemeindevoranschlag waren Ausgaben von 310 Millionen Rubel und ein Defizit von 187 Millionen Rubel vorgesehen. Eine gründliche Überarbeitung dieses Budgets führt zu einer Einschränkung der Ausgabe auf 197 und des Defizits auf 41,5 Millionen Rubel. Für das Budgetjahr 1924 hat dann die Gemeinde die Ausgaben auf 62 Millionen Goldrubel und das Defizit auf 16,5 Millionen Goldrubel zu erdrosseln versucht. Auch diese Arbeit stand vor den Augen der Reichsfinanzverwaltung keine Gnade. Die Kommission verlangte eine Herabsetzung der Ausgaben auf 57,2, der Einnahmen auf 47,3, und damit des Defizits auf 9,9 Millionen Goldrubel. Der Petersburger Korrespondent der „Prawda“ schreibt zu diesem Vortrage der Reichsfinanzverwaltung:

„Ein solches stark zusammengestrichenes Budget zwingt Petrograd auch für das kommende Jahr in der härtesten Weise zur Einschränkung und beschnürt fast alle Möglichkeiten seines Wiederaufbaus und der weiteren Entwicklung. Auch dieses Budget könnte nur durchgeführt werden, wenn Petrograd eine genügende Dotierung für die Deckung seines Defizits erhielte. Im vorigen Jahr erhielt Petrograd nur 23 Proz. dessen, was es nach dem vom Zentrum genehmigten Budget zur Deckung des Defizits erhalten müsste. Wenn diese Geschichte sich in diesem Jahre auch nach der Anerkennung der dauernden Unterbilanz des Petrograder Gemeindebudgets durch die Regierung wiederholt, dann wird sich das unter keinen Umständen rechtfertigen lassen.“

Die inneren Möglichkeiten in Petrograd sind vollständig erschöpft. Die Steuerschraube hat die äußerste Grenze erreicht. Im Laufe des letzten Jahres sind nicht weniger als 15.000 Gewerbebetriebe geschlossen. Weiter kann es also mit der Anspannung der Steuern nicht gehen.“

Das eigene Zeugnis der bolschewistischen Regierungspreise charakterisiert das Ergebnis kommunistischer Kommunalpolitik: Zerstörung überall. Der Wiederaufbau dürfte etwas schwieriger sein als die frischfröhliche Vernichtung aller Werte in den langen Jahren kommunistischer kommunaler Wirtschaft.

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freistaat Lübeck und Beauftragter Hermann Bauer; für Freistaat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meier & Co. — Sämtlich in Lübeck.

Der Einsam.

Erzählung von Ludwig Anzengruber.

9. Fortsetzung.

Der Einsam fuhr fort:

„Ich weiß, dass ein' Reich' von Jahren einmal zu bestimmten Seiten Brief mit Geld kommen sein, und jeden Tag vom Schlossengen' is der hochwürdige Herr Onkel ins Gebet mit einbeisloren word'n. No, weil mir mir ang'merkt hat, dass mir abgeht, ich auch 'm Gwand nach sauber g'halten war und fleißig in d'Schule g'rent bin, gleich als sollt' mir anders aus mir werden wie a Student, so hab'n sich d'Leut' gegen mich g'nomm'n ausgeworfen, jossen 'Du, Bub' zu mir lagen, oder 'Sö, junger Herr'. Aber wie mit einmal die Brief vom hochwürdigen Herrn Onkel sel tener word'n sein und mit ihnen auch 's Geld, da hat's gleich g'heißen: 'Du, Bub', du darfst deiner Mutter nit weiter zur Last fallen, du mußt in a Lehr'! Na und da war ein Fleischhacker, der mich gern g'sehen hat, der hat mich aufgenommen; 's Ochsen erträg' war just nit mein' Freud', aber es hat sich halt so g'schickt. Vaat Jahr hab' ich noch duckmaulert, dann war ich mit einmal ein Lass, so groß wie ich jetzt bin, da hab' ich mich zu mein'sgleichen g'halten, bin in d'Wittchäuser und zu Unterhaltsleuten mit, oft sein wir auch an e'in' Ort mit die Knecht z'samm'troffen, drunter war einer, was 'n Aufzahnschein nennen; der war gegen uns Lehrburischen, ich mag sagen, was da ein Großne ht geg'n ein' Bub'n, der Schaf' halt oder Gän' hüt, und hab' wir uns viel von ihm g'sallen lassen müssen, doch dös is so herbracht; einmal aber war's, auf einer Kirchweih, ich will grad mit ein' mordlaubern Mädel zum Tanz antreten, da kommt er auf mich zu, schütt mich auf d'Seit' und sagt: 'Geh weg, Bantert!' No, mich hat das sofernlich verdrossen, 'o mehr, weil dös Saubere dabei g'standen is, und ich sag' ganz fest: 'Ein' leb'n gäb' ich ihm mit ab!' Da hat er wohl denkt, mit mir wurd' er gleich fertig sein, wann er mir vor all'n Leuten zuschreit, weil ich meiner Mutter ihr Nam' führet, hält' mich dös ledigwölf' gehoren und kein' Vater aufz'weisen g'habt, und ich war' also, was er mich g'sagt hat! Aber ich hab' wider ihn geschrien, ein' Durcheinander hält, wie man tut, wenn mer sich ärgerst. Wie mein' Vater, der's wohl ehrlich g'meint hat, zur Unzeit verstorben sein dürst, — und wie mer's meiner Mutter wohl auch nit als Schand' hat aufzutragen können — sonst habt' g'wiss 's Vater lieblicher Bruder, mein hochwürdiger Herr Onkel, die Hand von uns ab'zog'n.“

Der Einsam stand auf, mit zitternden Händen legte er den Karabiner hinter sich auf den Stein und trat auf Tomerl zu. „Zeigt doch nit über das, was ich dir sag'. Da hat der Knecht ang'haben, mich aufz'läß'n, was mer in der Stadt von ein' geistlichen Herrn Onkel hält', wie dös für g'wöhnlich sein eigener Bruder wär' und 's selbe Vorlebewägen mit sauberen Weibseln' nit unlustig fänd! Und nun hat er sein Schandmaul ausg'setzt und seine Aufzäh'n mehr g'wüßt und dös, dös h'rum'standen sein, die haben sich vor Lachen z'samm'bugelt und g'schrien und daneben steh' ich, wie mer als Bub is, blyddumm, ohne Arg und Falsch in der See!, ohne eine Ahnung von dem jüdischen Durcheinander, wie er auf der Welt vorkommt! — Mein' Mutter war in mein' Aug'n a Heilige und der Onkel war mein hochwürdiger Wohltäter und dös zwei einzigen Leut', zu denen ich aufg'schaut hab', wo ich g'meint hab', nach dös müßt' ich richteten, was a braver Mensch wörd'n will, dös müßt' ich jetzt heruntermachen hören, das wohl kein Hund kein Stück Brot von so g'nommen hätte, und wie

der Knecht kein End' findt und sie fort und fort all's nennt, nur mit heilig und hochwürdig, da hab' ich 'n ein elenden Lügner g'heißen, so er mer dös vernehet, und hab' ihm's Maul halten g'schafft! Dös dös bläst er mich ins Gesicht und drauf hab' ich mir mehr g'wüßt, nit, was ich red', nit, wie mer a Weißer in d'Hard kommt und nit, wonach ich damit steh'.“

Der Einsam holte ein paar mal tief Atem, ehe er fortfuhr: „Aber maustot ic ee vor mir o'sein, und ich muß' wohl glauben, wie mer mit g'sagt hat, ich hätt' ihm's antan. Gleich von der Stell' haben s' mich forte'zt'et, aber im Kreis' noch hat mich der Trox aufrecht g'halten; er war selber d'Schuld und ich hab' nur mein'r Mutter und 's Vaters leiblichem Bruder die Sch' g'wascht! Dös da is mein' Mutter zu'z'renn kommen mit fleischende Haar und — Jesus, was i's tan hält'? Und das wär' die Straf' Go's für ihrer zwei Verlier' die wörd' für mein unrechte auf der Welt sein!“ Ah ja, dös Weißsalent, mit ihm's können s' rechter Zeit das gang' gen'n ihr'n Will'n und nachher kriegt' ich ihnen d'Schamflosheit' ein und sie waren auch nit recht' red' z' reden. Hätt' s' früher 's Maul and'machi, jest is 's ihr freilich gangen, wie a offene Schleuse, und ich hab' alles erfahren, das d'selbe Geißliche wohl mein' Vater wär', und sie und die nichts nit anders, als wie's der Knecht g'seißen hat und ich eb'n auch! Das kannst du dir nit vorstellen, Tomerl, wi' mir da o'wes'n is, wie ich eing'sein hab', dass ich ja jed' Wort dös' einstecken müssen, weil's bittere Wahr'heit war, dass ich da a Ehr' feh' wöhr'n woll', wo d' naatte Schand' an allen Enden f'g'schaut hat, dass kein Körndl Recht und kein Stäubert Vernunft dabei war und ich ein' Menschen ganz für nit und wieder nit umb'z'umach' hab'!“

Der Einsam rieb sich mit beiden Händen die Stirne. Mit leiseren Stimme sagte er dann: „Fünf Jahr' haben s' mich h'alten, aus Graden nur fünfe! Dann bin ich frei kommen. Mein' Mutter hat mich von s' h' gewiesen, ich bin g'gangen und wir hab'n uns nimmer wieder g'sehen. Ich hab' g'hofft, sie würd' mir mich zum Militari ne' men, wär' mer recht g'west, in der Kaser' kann mer sich verkriechen und vor 'n Feind hält' ich mich gern gestellt, aber der Arzt hat g'sagt, meine Fuß tu'n nit und so kommt' ich wieder. Das kannst du dir nit ausweisen, da sein ihrer z' viel, so bin ich halt fort, daher, wo s' schüttet' sein, denn mit s' will ich nit g' tun und ich weiß ja recht gut, s' auch nit mit mir, und wer anders sagt, der red' s' falsch' z'samm'g' hörig' sein! Amal und jeder kennt den, dem einer aus ihrer Gemeinschaft unter 'n Händen blieb'n is, und g'srat mer erst so weit außerhalb aller Z'samm'g' hörig', dann paßt mer auch nimmer dazu; wie in einer Mauer ein loederer Stein, den nix hält' und er selber nit, müßt mer bald wieder h'rausfallen. Zweifach bin ich von s' g'schieden, durch die uneheliche Geburt und durch mein' Tun, aber meiner Geburt wegen, an der doch ich kein' Schuld trag', kann ich mich nit schämen, und mein' Tun, auch durch die Lügenhaftigkeit ander' h'ausfallen in Unsinn verfehrt, kann ich nit bereu'n; aber halt als ein Ganz's bedrückt' s' nich, dös bin ich los word'n und werd' nie los! — Nur weißt' all mein' Erlebts', und ich hält' mer's wieder einmal von der See' h' runterg'redt, und jetzt tät' mer wohl a Freundschaft, wann d' wieder ging' und mich allein ließt. B'güt Gott! Und wann mer heut' am morgen was austöft, kanft' ja in Leuten sag'n, wie's mit 'm Einsam b'schaffen war und wie sich der aus ganz ein' g'rechtem Einsen, gegenleitig'n Fried's halber, da herob'n eind'schlossen hätt', wie a wild's Tier!“

„Du mein lieber Herr und Gott,“ sagte der Schneider-Tomerl, indem er sich zum Gehn anschickte, aber erst zögernd Schritt für Schritt zurücktrat und mit großen Augen und un-

sicheren Blicken nach dem Einsam starrte. „No du, du hast schon auch dein schön' Teil Jammer b'ersetzt! Halt ja, dein schön' Teil Jammer! — B'güt dich Gott, Einsam!“

Der stand eins geraume Weile, den Blick vor sich in das Leere gerichtet; als er ihn wieder sah

H. Schultz
Uhrmacher
D.R.P.
Johannisstr. 20
Alle Waren a. Teile a. (10728)

Anzeigen,

die in der an dem
betr. Tage erschien-
nenden Nummer des
„Lübecker Volksboten“
veröffentlicht wer-
den sollen, müssen
bis 10 Uhr vormittags
in unserer Geschäfts-
stelle aufgeliefert
sein; größere Anzei-
gen erbitten wir
tags vorher.

**Die Geschäfts-
stelle des
Lübecker Volks-
boten.**

Johannisstr. 46.

+ Magerkeit +

Schöne volle
Körperperformen
durch unser
„Hegro“ Kraftpulver
in 6 bis 8 Wo-
chen bis 30 Pfund
Zunahme. Ge-
rant. unschädlich. Kräftlich
empfohlen. Streng reell!
Viele Dankeskreise. Preis
Karton mit Gebr.-Anw.
Mif. 250. (10768)
Adler-Apotheke.
Lübeck, Ob. Mengstr. 10

Höchste Preise

für
Hasen Kanin
Reh Ziegen
Schaf Kalb usw.
Zelle
und
Pferdehaarre
Männchen,
Kuhschweifhaare
10764) zahlt
J.L. Würzburg
Wahlstraße 22a.

Für die
richtige Wiedergabe
telephonisch
übermittelte Anzeigen
übernehmen wir keine
Gewähr. Fehlerhafte,
auf diesem Wege be-
stellte Anzeigen gehen
zu Lasten des
Bestellers.
Die Geschäftsstelle des
Lübecker Volksboten.

Ab Montag bringen wir

Extra billige Kurzwaren

für Schneiderei und Hausbedarf

Nähnadeln in allen Stärken	Brief	4 Pt.	Ringband weiß u. crème.....	Meter 15 Pt.
Stecknadeln 200 Stück aufgesteckt	7 Pt.	Gardinenzacke weiß u. farbig.....	Meter 4 Pt.	
Sicherheitsnadeln schwarz und weiß Dutz.	6 Pt.	Gardinenkordel weiß u. crème	Meter 4 Pt.	
Haarnadeln glatt und gewellt..... Paket	4 Pt.	Schnürsenkel Mako, 80 cm lang....	Paar 9 Pt.	
Haarzopfnadeln	Karton 7 Pt.	Schnürsenkel Mako, 100 cm lang....	Paar 10 Pt.	
Lockennadeln	Paket 2 Pt.	Schnürsenkel Mako, 120 cm lang....	Paar 12 Pt.	
Druckknöpfe schwarz und weiß	Dutz. 9 Pt.	Schürzenbesätze viele Muster.....	Meter 12 Pt.	
Wäscheknöpfe in 5 Größen sortiert. Karte	38 Pt.	Strumpfhalter für Kinder, mit Patent- mechanik.....	Paar 22 Pt.	
Mantelknöpfe	Dutz. 8 Pt.	Bettgimpe weiß u. crème	Meter 4 Pt.	
Kostümknöpfe	Dutz. 8 Pt.	Nähgarne Marken: Göppingen u. Ackermann, 4fach....	25 Pt.	
Tressenknöpfe schwarz	Karte 3 Pt.	Nähgarne Marken: Göppingen u. Ackermann, 4fach....	130	
Nahtband schwarz u. weiß ... 10-Meter-Rolle	38 Pf.	Sternzwirn rein Leinen	40-Meter-Stern 12 Pt.	
Halbleinenband alle Breiten.....	Stück 9 Pt.	Stopftwist ja, Qualität, viele Farben... Knäuel	9 Pt.	
Gummiband mit Loch..... Abschnitt 60 cm	12 Pt.	Stopfwolle auf Karten, schwarz u. farbig Karte	9 Pt.	
Miederband schwarz und weiß	Meter 19 Pt.	Strickwolle schwarz, grau, leder, meliert 100 g	80 Pt.	

Der Verkauf
unserer enorm
billigen

Reste

und Abschnitte
geht in dieser
Woche weiter

Wäschezacke	Meter	3 Pf.
Wäschezacke mit Hohlsaum.....	Meter	5 Pt.
Stickereizacke verschied. Ausführungen	Meter	6 Pt.
Stickerei-Feston schöne Muster ...	Meter	13 Pt.

Stickerel-Volant reich bestickt, ca. 33 cm breit	Meter	95 Pt.
Zwirn-Spitze ca. 8 cm breit.....	Meter	22 Pt.
Zwirn-Einsätze ca. 8 cm breit	Meter	22 Pf.
Klöppel-Einsätze für Kissen u. Decken, ca. 10 cm breit	Meter	75 Pt.

Holstenhaus

Geschäfts-Gründung

Den geehrten Einwohnern des Langen
Lohberg und Umgegend hiermit zur Kenntnis,
daß ich mit dem heutigen Tage

L. Lohberg Nr. 35

eine Filiale in

Zigaretten, Zigaretten und

Tabaken

einrichte. Billigste Preise.
Ich bitte, mein neues Unternehmen gütigst
zu unterstützen.

Ernst Koch

Hauptgeschäft Beckergrube 49

Telefon 2414.

Felle

für
hochsäbelnd Isaac Frankenhei
Beckergrube 55. Tel. 8641.

Haare

Gute Schuhreparaturen. Werk von
Leb. u. Gummischuhen u.
Absätzen (1000)

Karl Obst, Am Brink

Kleinfutter

Annahme v. Steppereien.

28 500

Mitglieder der freien Gewer-
fschaften, der freierwerkschafflichen
Angestellten-Verbände und der Ge-
werkschaften der Beamten in Lübeck

lesen den

Lübecker Volksboten als offizielles
Publikationsorgan des ADGB,
der AfA und des Allg. Deutschen
Beamtenbundes. Wer erfolgreich
intervieren will, bemühe daher den

**„Lübecker
Volksboten“**

Soeben eingetroffen!

Extra-
Angebot!



Extra-
Angebot!

Kastenwagen
von 5 bis 10 Zentner Tragkraft
besonders billig,
solange Vorrat reicht!

C. Bliesath Wwe.
Sandstraße 9 Lübeck

Krätzurgan sofort
unangenehm, mild, unschädlich.
Inden u. Ialt allt hauende Drog. Ausborn Nr.,
Beckergr. 68. Auch Werkd. (10757)

Metallbetten.
Stahlmatr., Kinderbett ddr. a. Brin. Rot. 45 U frei.
10204) Eisenmöbelfabrik Schlüter.

Café Bernhardt
Packenburger Allee 9.
Täglich nachm. 10762) u. abends Konzert.

Adreskarten fertigt an Friedr. Meyer & Co. Lübeck

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

**Herren- und
Damen-Konfektion
Schuhwaren.**

Das bekannt reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.

1025a

Freistaat Lübeck.

Montag, 21. Januar.

Der Besuch.

Frau Wohltat lag auf einem Diwan von Bärenfell; ihr zu Hause krallte sich ein Papagei an seine blonde Stange, ihr zu Fuß ein leidenschaftliches Angorakätzchen. — Frau Wohltat war reich und liebte die Tiere.

Da brachte die Tochter auf silberner Tasse eine Karte und meldete gar seltenen Besuch: Frau Dank.

Eine ärmlich gekleidete Dame mit gleichmäßiger freundlicher Gesicht. Sie führte ihr Söhnchen an der Hand.

In der Tür stand nun sie mit Büdlinen an — denn Frau Dank hatte Erfahrung vor dem Reichtum.

Die Herrin des Hauses bat ihr durch eine Handbewegung Platz an und ließ gelassen den Sturzschlag des Lobes über sich ergehen. Sie musterte immerzu den kleinen Jungen ansehen mit sinnigen grinschillernden Berrätemungen.

Frau Dank schloß endlich ihre Rede, fasste ihr Söhnchen an der Hand, führte der Hausfrau den Saum des Gewandes und wollte gehen.

Da gedachte sich Frau Wohltat noch herabzulassen und der Arme vor dem Abschied ein paar hübsche Worte zu sagen.

„Ein lieber Junge. Wohl Ihr Vaterester?“

„Ja, gnädiger Frau Wohltat.“

„Und wie heißt er?“

„Reid, euer Gnaden“, sprach Frau Dank und machte ihr Söhnchen mit dem Blick des Mutterstolzes. Rada-Roda.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Lübeck.

An unsere Ortsgruppenvorstände richten wir die dringende Bitte, die Abrechnung und Beiträge für das abgelaufene Quartal umgehend einzusenden.

Geldsendungen sind auf unser Postgeschäftskonto Wilhelm Kröger, Karl Brehmer, Nr. 35 806, Homburg 11, einzuzahlen.

J. A.: Karl Brehmer.

An die Ortsvereine der Arbeiter-Jugend!

Die Ortsvereine werden gebeten, den empfangenen Quartsberichtsbogen rechtzeitig einzusenden. Monatsprogramme, die noch im Mitteilungsblatt erscheinen sollen, müssen umgehend zusammengestellt und an uns eingesandt werden.

Bezirksvorstand der sozialistischen Arbeiter-Jugend
Mecklenburg-Lübeck
J. A.: W. Jäger.

Das Eisenbahnunglück bei Travemünde im Juli vorigen Jahres fand vor der Strafammer den endgültigen Abschluß. Wie erinnerlich, war der Leiter des Reichswerks Travemünde-Ost, Rothorst, vom Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Seine hiergegen eingelegte Berufung hatte Erfolg. Die Strafammer als Berufungsinstanz sprach ihn frei, weil sie als erwiesen ansah, daß der Beamte getan hatte, was in seinen Kräften stand. An dem Unglücksfall hatte er von frühmorgens an Dienst getan und als das furchtbare Unwetter aufzog, vorlor der Beamte, der bereits einmal ein schweres Gewitterunglück erlebt, wobei ein neuer ihm arbeitender Kollege zu Tode kam, seine Ruhe.

Jugendamt. Die vom Senat dem Jugendamt in der alten Gewerbeschule zugewiesenen Räume sind ihrer Bestimmung übergeben. Drei Jugendvereine haben darin das dringend benötigte Heim gefunden. Damit waren die bisher überlassenen Räume befreit und es war leider nicht möglich, auch die allgemeine Jugendstube in demselben Gebäude unterzubringen. Sie ist im Erdgeschoß des Gebäudes Paradies 1 eingerichtet worden und für Jugendliche vom Montag, dem 21. Januar d. J. ab, von 10—1 und 3½—9 Uhr geöffnet.

Rentenmark-Giroverkehr der Reichsbank. Die Handelskammer teilt mit, daß die hiesige Reichsbankstelle vom Reichsbankdirektorium ermächtigt worden ist, daß für Rentenmark-Girokonten der Reichsbank vorgeschriebene Mindestguthaben von 1000 Rentenmark auf 500, in besonderen Fällen sogar bis auf 300 Rentenmark zu ermäßigen.

Nächste Abfahrten der Hamburg-American-Linie. Hamburg-Nordamerika. Nach New York: D. Mount Carroll 24. 1., D. Alb. Bassin 31. 1., D. Thuringia 14. 2., D. Mount Clinton 7. 2., D. Westphalia 21. 2., D. Cleveland 28. 2. Nach Boston, Philadelphia, Baltimore, Norfolk: D. S. Ermland 8. 2., D. Enden 29. 2., D. West-Nordam: D. Holger 9. 2., D. S. Osiris 23. 2. Hamburg-Cuba-Mexiko-Westindien: D. Hispania 25. 1., D. Eupatoria 25. 1., D. Wald 9. 2., D. Otavio 21. 2., D. Toledo 26. 2. Hamburg-Südamerika, La Plata-Dienst: D. Frankenwald 23. 1., D. Teutonia 30. 1., D. Sachsenwald 16. 2., Baden 21. 2., Brasilien-Dienst: D. Steigerwald 6. 2., Hamburg-Ostasien: Engl. D. Karros 26. 1., D. S. Havelland 2. 2., D. Coblenz 9. 2., Engl. D. Rhebus 16. 2., D. Saarland 23. 2.

Nächste Abfahrten der Dampfer des Norddeutschen Lloyd. Nach New York: George Washington 25. Jan., München 30. Jan., President Roosevelt 4. Febr., President Harding 11. Febr., Stuttgart 16. Febr., America 22. Febr., Bremen (über Halifax) 1. März, President Roosevelt 8. März, Leviathan 11. März, President Harding 15. März, Stuttgart (über Halifax) 20. März, George Washington 22. März, America 26. März, York 28. März, Leviathan 1. April, Bremen (über Halifax) 5. April, President Harding 11. April, München 17. April, Lübeck (über Halifax) 19. April, George Washington 19. April, Leviathan 22. April, Columbus 22. April, America 24. April, Stuttgart 1. Mai, President Roosevelt 2. Mai, Bremen (über Halifax) 7. Mai, York 10. Mai, Leviathan 13. Mai, President Harding 12. Mai, Republic 16. Mai, Sonditz 17. Mai, George Washington 20. Mai, München 22. Mai, Lübeck (über Halifax) 24. Mai, America 28. Mai, Columbus 29. Mai, President Roosevelt 30. Mai, Leviathan 3. Juni, Stuttgart 5. Juni, Bremen (über Halifax) 7. Juni, President Harding 12. Juni, York (über Halifax) 14. Juni, Republic 18. Juni. — Nächste Abfahrten der Dampfer nach Grönland nach der deutschen Route: George Washington 20. Juni, Dertflinger 21. Juni, München (über Boston) 21. Juni, Sierra Nevada 24. Juni, Leviathan 24. Juni, Columbus 26. Juni, President Roosevelt 26. Juni, America 27. Juni, Lübeck 28. Juni. — Nach Südamerika: Siera a Cordoba 26. Jan., Crefeld 2. Febr., Sierra Nevada 23. Febr., Sonditz 16. Febr., Sierra Nevada 23. Febr., Werra 8. März, Gotha 22. März, Weier 29. März, Sierra Cerdoba 5. April, Columbus 19. April, Köln 26. April. — Nach Kanada-Halifax: Bremen 1. März, Stuttgart (über Southampton) 20.

Im Kampf ums Rathaus.

Ein Brief an die Phölister.

Der Ring der Nibelungen. / Die neuen Wiederaufbauer.

Mit dem Schlachtruf persönlicher Heze reiten die Ritter des Ordensblades in den Wahlkampf. Sie glauben den neuen Stoff wieder mit denselben Mitteln gegen die Sozialdemokratie führen zu können wie beim Volksentscheid. Wir werden dieses Festerkunststück nicht nur zu variieren, sondern auch zu durchkreuzen wissen. Den Kampf des reaktionären Blods leitete Bürgermeister Dr. Neumann mit einem Dankesbrief an die Wähler ein, in dem die bekannten Phrasen der Wiederaufbauer aufmarschierten. Der Mann, der sich weigert, mit einer sozialdemokratischen Senatsmehrheit zusammenzuarbeiten, will der Oeffentlichkeit vorspielen, der Kampf richte sich nicht gegen die Sozialdemokratie oder die Arbeiterschaft und ihre berechtigten Bestrebungen. Nur Leber und Genossen gesteht der Frontangriff des „ordnungsliebenden“ Teiles der Bevölkerung. Rattenfängermelodien, die nicht mehr losen. Die Flötentöne werden auch nicht lieblicher durch die verfestigte Verdächtigung, die Sozialdemokratie habe nicht das ihre getan, unser Staatswesen wieder auf gesunde Bahnen zu lenken. Wo die Schuß liegt, wird den Ringreitern und ihrem Steigbügelhalter noch haarscharf unter die Nase gerrieben werden. Für heute genügt es zu wissen, daß Lübecks unpolitisch erster Bürgermeister den reaktionären Wohlfahrt zusammenkittete, in dem er weiter die Hafse zu spielen gedenkt.

Der Wahlting selbst wartet mit dem ersten Aufruf auf. In großer geistiger Unruhe haben sich die Parteien nicht gestürzt. Sie buhlen um die Stimmen vom Senator bis zum Arbeiter, versprechen den Wiederaufbau, den gerade sie hintertrieben haben und malen im übrigen den roten Teufel an die Wand.

Der uns nicht schreckt wird. Auch die neuen Männer, die durch den Wahlting schlüpfern und im Zeichen des Burgfriedens die Sozialdemokratie schlagen sollen, verursachen uns keine Sorgen. Ebenso wenig wie die „Wirtschaftsgemeinschaft 1924“ im speziellen, die aus der Deutschen Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei, Bürgerbund und Zentrum zusammengesetzt ist und die, wie aus dem volksparteilichen Versammlungsbericht hervorgeht, manche Barrieren niederrücken mußte, um „aufrichtige“ Personen für die Sozialdemokratie herauszufinden. Manch einer der alten Wiederaufbauer blieb auf der Strecke. Man sortierte wieder wie unter den seligen Vaterstädtischen nach Berufsgruppen und Ständen, und so kam es, daß „bewährte Kräfte“ so weit in der Liste zurückgestellt wurden, daß sie „freiwillig“ verzichteten. Der General-Anzeiger übt sich deshalb auch schon im Necrolog schreiben. Er wird diese wehmütigen Stillübungen später noch einmal aufnehmen müssen.

Als Spikenkandidat der Wirtschaftsgemeinschaft glänzt Fabrikdirektor Heinrich Thiel, ein Vertreter jener Interessengruppe der Großindustrie, die den Wiederaufbau bereits mit dem 10-Stunden-Tag und Hungerlöhnern der Arbeiter betreibt. Herr Thiel gehörte früher der Bürgerschaft an und war stets ein heftiger Gegner aller Vorschläge, die unsere Fraktion im Interesse des arbeitenden Volkes stellte. Er hatte aber wie der jetzt in der demokratischen Liste prangende Rechtsanwalt Dr. Götzke seine Worte auf der Zunge. Mit hohen Phrasen verstanden die Elitenvertreter immer, den Beifall ihres Senats und seines im Patentreihen stehenden spießernen Klüngels zu erringen. Diese Herren achteten auch sorgfältig darauf, daß die Sozialdemokratie an der Peripherie des „Ringes“ blieb. Wir druden weiter unten die Namen von 30 Kandidaten ab, ohne damit die Herren in dem Glauben zu wiegen, daß ihnen diese 30 Sitze zufallen. Die gesperrt gedruckten Namen sind neue Leuchten und zum Teil solche, die bereits früher der Bürgerschaft angehört. Wir finden darunter einige ganz stadtreaktionäre Elemente, wie z. B. Lehrer Dühring, der ja als Fortschrittsler

die Bürgerrechtsbank zierte und heute zwischen Deutschnationalen und Deutschvölkischen pendelt. Dann den Kaufmann Stolterfoth, von dem man meint, daß er der Betreiber für die Untaten war, die die Anti-Leber-Inserate in der bürgerlichen Presse verursachten. Im übrigen tritt die reaktionäre Heersch der Reihe nach auf:

1. Thiel, Heinrich, Fabrikdirektor; 2. Schwertfeger Eduard, Kaufmann; 3. Zielenitz, Kurt, Pastor, Künnich; 4. Eschenburg, Wilhelm, D. E. Kaufmann; 5. Emers, Hans, Rechtsanwalt; 6. Einhorn, Karl, Obermeister; 7. Henz, Fritz, Landwirt, Billwich; 8. Rosengrund, Heinrich, Tischlermeister; 9. Borkamp, Hermann, Kaufmann; 10. Grabner, Georg, Bechauamt-Abkömmling; 11. Böll, Wilhelm, Angestellter; 12. Dr. Kiebel, Max, Beamter der L. M. G.; 13. Lewe, Walter, Gewerkschaftssekretär; 14. Frau Hempel, Johanna, Chefarzt; 15. Leichtweiss, Ludwig, Wasserbaudirektor; 16. Dühring, Bruno, Lehrer; 17. Dr. med. Sieking, Karl, Arzt; 18. Kühl, Christ, Pastor i. E.; 19. Breining, Egon, Studienrat; 20. Stolterfoth, Hermann G., Kaufmann; 21. Dr. Bauer, Heinrich, Schriftsteller; 22. Tieckler, Max, Beamter der L. M. G.; 23. Christian, Hans, Apotheker; 24. Rothe, Adolf, Hausmeister; 25. Fräulein Kolke, Marie, Lehrerin; 26. Brandt, Siegfried, Magazinverwalter, Künnich; 27. Brügmann, Karl, Gutsbesitzer, Travemünde; 28. Steffen, Johannes, Räuchereibesitzer, Schlatup; 29. Schetelig, Max, Gärtnereibesitzer; 30. Keil, Oskar, Schlauchmeister.

Die Demokraten, die getrennt marschieren, aber vereint zu schlagen gedenken, haben 25 Mann nominiert. Wenn sie ihnen glücklich, die Zahl durch 8 zu dividieren, dann können sie ohne Verbund das Schlachtfeld räumen. Daß sie den Großindustriellen Dr. Neumark und den Großkaufmann Boie opfern, den Handelskammerpräsidenten H. Eschenburg preisgeben, und dafür den theatralischen Schönredner Dr. Götzke ins Bild stellen, gibt zu denken. Tätige Wirtschaftsleute werden also dem Anwalt großindustrieller Unternehmungen vorgezogen. So vergeht eben die Herrlichkeit der Welt! Klein, Ambrösius und Heise schwimmen flugschwärts. Die ersten 7 der demokratischen Liste sind:

1. Göhlert, Heinrich, Kaufmann; 2. Dr. Götzke, Heinrich, Rechtsanwalt; 3. Wandtke, Hermann, Maurermeister; 4. Richelson, Magda, Lehrerin; 5. Eschenburg, Hermann, Prokurist der Handelskammer; 6. Heinrich, Max, Verwaltungsobersekretär; 7. Neumark, Moritz, Dr. phil. et. ing., Generaldirektor.

Nur wäre noch der Neue Gründigkeit verein zu erwähnen, der vorerst durch seinen Schriftgelehrten Mantau im Generalanzeiger eine Attacke gegen die Sozialdemokratie reitet. Er klärt die alte Schulmei vor der angeblichen Hausbesitzerfeindschaft der Sozialdemokratie und ist mächtig unghalten, daß die Partei jüngst die kleinen Hausbesitzer zusammenrufen und über die sozialdemokratische Politik, die auch im Interesse des kleinen Hausbesitzes liegt, aufzugehen hat.

Die Deutschen-Böllis, die mit dem Mundwerk voran marschieren, haben bisher nur den ersten Namen ihrer Liste fixiert verraten, auf mehr Sitze werden sie auch nicht rechnen.

In der Liste der Wirtschaftsgemeinschaft, der bekanntlich das Zentrum angehören ist, fehlt auch der Name Stahlhmidt. Ob das Zentrum als Dank für die Unterstützung des reaktionären Blods ausgebootet werden soll, oder ob ein anderer Ringmann das Zentrum vertreten, wird nicht verraten. Man kann ja nicht wissen, wie sich das Schachgeschäft abgewickelt hat, bei dem auch eines der eifrigsten Bürgerschaftsmitglieder, Amtsrichter Dr. Gebhard, an die Rückwand gedrückt wurde.

Zedenfalls wird noch mancher der genannten und ungenannten Anwärter des Bürgertums auf einen Thron im Rathaus verzichten müssen.

März, Bremen 5. April, Lübeck 19. April, Bremen 7. Mai, Lübeck 24. Mai, Bremen 7. Juni, York 14. Juni. — Nach Bari 21. Mai: Minden 29. Febr., — Nach Ostasien: (Passagierdampfer) Coblenz 9. Febr., Trier 5. April, Saarbrücken 21. Mai, (Frachtdampfer) Palz 8. März, Schlesien 3. Mai, Aachen 27. Juni. — Nach Australien: Elberfeld 23. Febr., Holslein 17. Mai. Röhren durch C. F. Schütt u. Co., Unterkarte 12-13.

wb Stadthallen-Lichtspiele. Der Geldteufel von Heinrich Goldberg und Erich Pabst mit Otto Gebühr in der Hauptrolle. Ein armer Schucker von Advokaten-Schreiber, der das Schloßmädchen seiner Mutter, die Schneiderin Cyprienne liebt, sehnt sich nach Reichtum und Macht, um die Geliebte heiraten zu können. Er verfällt in einem Traum, der ihn zu höchster Macht emporträgt, die der Kapitalismus zu gestalten vermag. Er verfügt über Unmünzen, Länder und Völker hängen von ihm ab. Die Revolution will ihn an der Laterne aufzuführen, weil er in seiner Vermessheit Menschen hungern ließ, ganz nach Willkür wieder alles zu geben und die Hand nach der Krone auszustrecken. Feuton, der Schreiber, ist heilfroh als er aus diesem Dohawobohu erwacht und merkt, daß alles nur ein Traum gewesen. Dieser Film der Ufa hat ungeheure Aufwendungen erfordert. Professor Rehbein's Lebensrettung mit Leo Peukert in der Hauptrolle erregt Beifall und Jubel. Ebenso wie die amerikanische Groteske „Sig und Fug sind nicht totzukriegen“. Ein Münchener Bilderbogen „Toreiten der Mode“ eröffnet den Spielplan.

pb Ermittelt und festgenommen wurde ein Rohrjunge, der dem Steuermann des Dampfers, auf dem er bedient hat, 35 schwedische Kronen gestohlen hat.

pb Massenschächterei. Vorige Woche sind dem Vächter einer lübeckischen Domäne 25 rebdunstige Hühner und drei Hähne gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet worden.

pb Diebstähle. Von dem unverschlossenen Vorflur eines Hauses der Holstenstraße wurde ein dunkelblauer Paletot mit schwarzen Sammetträgern und graugetreiftem Futter gestohlen.

Vor einem Hause an der Oberstraße wurde ein blaugraugetricheter Handblockwagen von etwa 10 Zentner Tragkraft gestohlen.

Gemeinschaftsschule

Der Ausschuß für die Gründung einer Gemeinschaftsschule in Lübeck hatte die hiesige Elternschaft eingeladen, um sie in zwei Versammlungen mit dem Wollen der neuen Schule bekannt zu machen. In sehr großer Zahl waren die Eltern der Einladung gefolgt. Herr Grübe und Herr Prof. Schomberg gaben ein klares Bild von dieser Schulform. In der Aussprache zeigten die Eltern für die Gründung einer solchen Schule ein außerordentlich reges

Interesse. Zu bedauern wäre daher, wenn sie hier zu Ostern noch nicht eingerichtet werden könnte. Da man noch nicht weiß, wo die Schule liegen soll. Die Behörde stellt einen Teil des Schulgebäudes Schwartauer Allee zur Verfügung. Die Arbeitsgemeinschaft ist der Ansicht, daß dieses Schulhaus wegen seiner Lage und seiner inneren Einrichtung für diese Zwecke nicht geeignet ist. Vor allem wurde betont, daß die Gemeinschaftsschule möglichst im Innern der Stadt liegen müsse, damit allen für diese Schulform interessierten Eltern die Möglichkeit gegeben wird, ihre Kinder in diese Schule zu schicken. Die Arbeitsgemeinschaft wünscht daher das jetzige Seminargebäude, in dem sich von Ostern ab nur noch eine Seminarklasse befindet, da es in jeder Hinsicht für eine Gemeinschaftsschule geeignet ist. Da Elternschaft von St. Lorenz trat, obgleich das von der Behörde in Aussicht genommene Schulhaus in ihrem Stadtteil liegt, doch warn dafür ein, daß aus Gerechtigkeitsgründen die Schule in die Stadt verlegt werden müsse. — Am 26. Ms. wird der Vater der Hamburger Versuchsschule Telemanstraße, Herr Köhne, über seine Erfahrungen sprechen. (Mehreres über Ort und Zeit erfolgt in dieser Zeitung.) In der Versammlung werden dann auch die vorläufigen Anmeldungen entgegengenommen und weitere Anmeldetermine bekanntgegeben.

Die Zahl der Erwerbslosen

betrug am 16. Januar 7027. Davor waren 416 weibliche, 1416 gehörten dem Metallgewerbe, 252 dem Holzgewerbe, 968 dem Baugewerbe, 355 verschiedenen Berufen an, darunter 182 Schneider, 2645 waren ungelernte Arbeiter und 492 Jugendliche. 244 zählten zu den Handels- und Büroangestellten.

Akkordarbeiter und Steuerabzug.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen die Akkordarbeiter beim Steuerabzug anders behandelt werden als Arbeiter mit Zeitlohn. Gestützt auf § 11 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn wird die Aufsicht vertreten, als ob die zweite Steuernotverordnung zu dieser anderen Behandlung der Akkordarbeiter Veranlassung gegeben habe, da bei Akkordlohn 4 % vom vollen Arbeitslohn als Steuer einzuhalten seien. Diese Aufsicht ist unrichtig. Die zweite Steuernotverordnung hat keinerlei R

Die Aufgaben der Gewerkschaften.

Bundesausschüttung des ADGB.

Der Bundesausschuss nahm Stellung zu dem Ansturm der Unternehmer auf den Achtstundentag, zur Lohnpolitik, zu den gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften und gegen die kommunistische Zerstörungsarbeit.

Der Geschäftsbereich des Bundesvorstandes führte zu einer Aussprache über die neue Gewerkschaftszeitung, deren baldige Vergrößerung dringend gewünscht wurde, und über einen Antrag Tarnow auf Schaffung einer wissenschaftlichen Monatschrift. Der Antrag wurde dem Bundesvorstand überwiesen.

Das Referat zum Kampf um den Achtstundentag hält Leipart, der an Hand der Entstehung und des Wortlautes der Arbeitszeitverordnung nachwies, daß der gesetzliche Achtstundentag keineswegs befehligt, sondern vielmehr von neuem festgelegt, wenn auch durch Ausnahmen eingeschränkt sei, die aber an Voraussetzungen und Bedingungen gebunden und begrenzt seien. Es sei notwendig, den Kampf um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages durch Nutzung der Verordnung zu führen und nicht durch pessimistische Aussicht der Rechtslage sich des Einflusses durch die Rechtsanwendung zu begeben. Der Bundesvorstand habe daher sofort einen Kommentar zur Arbeitszeitverordnung herausgegeben (von Leipart verfaßt) der die Arbeiterschaft auf ihre Rechte hinweist und den Gewerkschaftsvertretern die Möglichkeit gibt, diese Rechte energisch geltend zu machen. In der Debatte wurde besonders eingehend der begonnene Kampf im Ruhrbezirk erörtert, den die Kommunisten zu einem Generalstreik aufzupusten suchen, ohne Rücksicht auf gewerkschaftliche Erfahrungen und Erfolgsausichten.

Am zweiten Tage erstattete Tarnow den Bericht des Lohnpolitischen Ausschusses, insbesondere über Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite über die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Es ergab sich dabei Übereinstimmung über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen gegen Aufseiter, während über Zwangsschiedssprüche bei den Arbeitgebern jeweils Abneigung besteht. Die Gewerkschaftsvertreter glauben auf die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen solange nicht verzichten zu können, als nicht die Arbeitsbedingungen allgemein kollektiv geregelt werden und tarifliche Schlichtungseinrichtungen vorhanden sind. Die Verbindlichkeitserklärung sollte aber nicht lediglich durch Beamte erfolgen, sondern durch partizipative Organe mit komplizierter Mehrheit der Bevölkerung. Die Arbeitgeberseite ist bereit, die Verpflichtung zu Tarifverträgen und tariflichen Schlichtungsorganen anzuerneinen. Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, in diesem Sinne weiter zu verhandeln und vor Abschluß der Vereinbarungen an den Bundesausschuß zu berichten.

Einführung der Gewerkschaftsbeamten.

Von Heinz Pottkoff.

Je schwächer der Staat wird, je mehr die Grundlagen des Reiches namentlich durch die Zerrüttung der Währung und der übrigen Wirtschaftsverhältnisse ins Wanken kommen, desto stärker treten neben die rein politischen Kräfte und Organisationen die wirtschaftlichen. Heute ist es schon soweit, daß die Wirtschaftsverbände größeren Einfluß auf das Schicksal Deutschlands ausüben als die politischen Parteien. Das kann natürlich nicht nur auf Seiten der Unternehmer so sein, sondern der wachsende Einfluß dieser genügt, um auch die Gegenpartei, die Gewerkschaften zu Maßnahmen zu zwingen, die jenen ein Gengewicht bilden. So unerwünscht und gefährlich es ist, wenn der Streit der politischen Parteien in die Gewerkschaften hineingeträgt wird, so unmöglich ist es, die Gewerkschaften von politischer Belästigung heute noch fernzuhalten. Nicht nur auf dem engen Gebiete der Sozialpolitik, auf dem sie sich schon seit langem befähigt haben, liegt ein Zwang zu aktiver Politik vor, sondern auf dem gesamten Gebiete der Wirtschaftspolitik (vor allem heute Boden-, Steuer- und Währungsfragen), deren viel zu lange Vernachlässigung die Sozialpolitik und die Lohnbewegungen vielfach um ihre Früchte gebracht haben. Aber darüber hinaus drängt die Entwicklung immer wieder zwangsläufig zum Eingreifen in die Allgemeinpolitik, in den Kampf um Bestand und Verfaßung des Deutschen Reiches. Man denke an den Kapp-Putsch, an den passiven Widerstand im Ruhrgebiet und manchen anderen Vorgang der letzten Jahre.

Dadurch gewinnen die Gewerkschaften größere Bedeutung. Sie sind nicht mehr nur wirtschaftliche, sozialpolitische, sondern auch staatliche Verbünde. Damit erweitert sich zugleich ihre Bedeutung von einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu einer staatlich-rechtlichen Vertretung der Volksmeinheit. Auch ohne daß die in Artikel 165 der Reichsverfassung in Aussicht genommene Eingliederung wirtschaftlicher Vertretungskörper in Gesetzgebung und Verwaltung stattgefunden, sind die Gewerkschaften zu Bestandteilen der tatsächlichen Reichsverfassung geworden.

Diese Tatsache legt den Gewerkschaften nicht nur neue Aufgaben, neue Macht, sondern auch neue Verantwortung auf. Sie dürfen und können Staat und Wirtschaft nur dann nach dem Willen und den Bedürfnissen der Mitglieder, der Arbeiter, Angestellten und Beamten beeinflussen, wenn Wille und Bedürfnis so eingestellt sind, daß die Volksmeinheit danach leben kann. Wer den Staat beherrschen will, muß sich nach den Erfordernisse des Staates richten. Und wer die Wirtschaft lenken will, muß auf Dinge verzichten, die von der Wirtschaft nicht erfüllt oder nicht getragen werden können. Der Zwang zur Rücknahme ist bei den Gewerkschaften viel stärker als bei irgend einer anderen Schicht, die mit ihnen um Einfluß und Herrschaft ringen mag: weil sie die Vertretung der überwiegenden Volksmeinheit sind. Denn vom Verhalten dieser Volksmeinheit hängt Gestaltung und Lebensfähigkeit des Ganzen unbedingt ab. Und die Mehrheit ist mit dem Schicksal der Gesamtheit unloslich verbündet. Eine Meintheit kann auf Kosten der Mehrheit eines Volkes sich bereichern, kann sich wohl sein lassen, während das Ganze zugrunde geht. Eine Meintheit kann das nicht, sondern ihr Schicksal ist das Schicksal der Gesamtheit.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen und ohne die Augen vor den Zeichen auch auf dieser Seite zu verschließen, möchte ich meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß das Gefühl sozialer Verantwortlichkeit bei den Gewerkschaften stärker vorhanden ist als bei anderen Schichten unseres Volkes. Wir vermissen schmerzlich in unserer Republik die sozialen Republikaner, ohne die der neue Staat nicht leben kann. Aber wenn irgendwo, so sind sie als Massenerscheinung noch am ehesten in den Gewerkschaften zu finden. Ich halte heute die Gewerkschaften für eine der besten und stärksten Stützen des Reiches und der Volkswirtschaft und kämpfe deswegen mit allen Kräften für die Erhaltung und Stärkung der Gewerkschaften. Aber auch für die Übertragung neuer Aufgaben und damit neuer Verantwortung auf sie. Nicht nur auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, das ja

zu den Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage wurde eine Einschließung angenommen, in der die bedenkllose Ausnutzung der Notlage durch das Unternehmertum gegeißelt, die Aushebung des Ausnahmestandes, die Wiederherstellung des Achtstundentages, die Unterbringung der Arbeitslosen und Erhöhung der Löhne gefordert wird. Weiter werden die Rechte des Arbeiters im Betrieb und die Steuerlast erwähnt.

Die kommunistische Zerstörungsarbeit beleuchtete ein sehr lehrreiches Referat des Bundesreferärs Schulze, der nach Hinweis auf die kommunistischen Sonderveranstaltungen, Sonderorgane und deren Beschlüsse ein einmütiges Vorgehen aller Gewerkschaftsinstanzen gegen diese Zerstörer empfahl. Der Widerstand der verantwortlichen Gewerkschaftsleitungen wurde mit einer wütenden Hebe gegen die einzelnen Verbandsleitungen und gewerkschaftlichen Zentralstellen beantwortet. Mit allen Mitteln wird von kommunistischer Seite versucht, das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu den eigenen Organisationen zu untergraben, künstlich eine Opposition zu schaffen, so daß bei ungehört Fortsetzung dieses Erbebens jede wirkliche Gewerkschaftsarbeit verhindert wird. Unter dem Deckmantel, die Gewerkschaften retten und zur Durchführung des revolutionären Alkantarnipes beschäftigen zu wollen, hat die kommunistische Partei innerhalb der Gewerkschaften eine besondere Organisation mit eigener Verwaltung und eigener Beitragsleistung ausgezogen. Durch Einberufung einer eigenen Reichsversammlung der Ortsausschüsse des ADGB und Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes der Opposition hat diese Sonderorganisation die bisher zur Schau getragene Maske der sozialdemokratischen Mitarbeit für die Interessen der Gewerkschaften fallen gelassen. Damit wird der schläfrige Beweis erbracht, daß die Opposition selbst vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurücktreten, nur um ihre Partizipanten zu erreichen. Diese Vorgänge zwingen die Gewerkschaften zur Aufrichtung einer wirksamen Abwehr. Wer sich in den Dienst der oben genannten Sonderorganisation stellt oder deren Bestrebungen wissenschaftlich Vorhub leistet, stellt sich selbst außerhalb seiner Gewerkschaft. Die Gewerkschaftsbewegung von derartigen Schädlingen zu befreien, erfordert das Interesse der Selbstverhüllung und der unzweckmäßigen Kampfstrafe der Gewerkschaften. Nur festes Zusammenhalten der Arbeiterschaft vermag die mit ungeheurer Wucht geführten Angriffe aufzuhalten und den Weg zum Sieg wieder frei zu machen. Der Bundesausschuß erweckt von allen Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie mit aller Entschiedenheit von den Zerstörern der Bewegung abrücken, daß sie die notwendigen Maßnahmen zur Befreiung der Organisation von diesen Elementen tatkräftig unterstützen.

ganz auf die Organisationen eingestellt ist, sondern auf allen Wirtschaftsgebieten und damit auch im allgemeinen Staatsleben.

Um diese neuen Aufgaben erfüllen und die neue Verantwortung tragen zu können, ist nötig, daß die Organisation der Gewerkschaft straff, einheitlich, geschlossen wird, daß die Leitung starfen Einfluß auf ihre Mitglieder hat und daß sie sich die nötigen Organe für die Durchführung der neuen Pläne schafft. Hier liegt noch eine Lücke in der Organisation: die Demokratie, die republikanische Verfassung, die alle Maßnahmen in die Selbstbestimmung der Genossen legt, ist in den Gewerkschaften nicht in genügender Weise durchgeführt.

Gewiß war es ein großer technischer Fortschritt, als an die Stelle der ehrenamtlichen Geschäftsführung die bezahlten Funktionäre traten, die sich berufsmäßig, ausschließlich den Gewerkschaftsaufgaben widmen können. Dadurch wurde nicht nur die Geschlossenheit der Leitung, sondern auch ihr technisches Können ganz wesentlich gehoben. Und nichts liegt mir ferner, als etwa gegen das Verfassungsbeamtenamt in der Gewerkschaft ein Wort zu sagen, ihre Leistungen zu verkleinern oder eine Rücksicht zu der primitiven Verwaltungsart zu empfehlen. Davon kann keine Rede sein. Trotzdem muß gesagt sein, daß die gegenwärtig übliche Art, alles oder so gut wie alles den Gewerkschaftsbeamten zu überlassen, nicht mehr ausreicht. In allen Gewerkschaften und erst recht in den Spitzenverbänden sind die Beamten, namentlich die verantwortlichen Vorstandsmitglieder überlastet. Nicht nur der Menge der Arbeit nach, sondern vor allem auch der Art der Arbeit nach. Durch Vermehrung der Beamten ist nicht zu helfen, denn die meisten Gewerkschaften können heute nicht die Mittel zu einer starken Erhöhung der Verwaltungskosten aufbringen. Sie würde aber auch deswegen nicht genügen, weil es sich heute nicht mehr um neue Verwaltungsaufgaben handelt, sondern um Führung der Millionen in einem sozialen Ringen, das die innere Anteilnahme dieser Millionen voraussetzt.

Die Gewerkschaftsbeamten müssen entlastet werden durch die ehrenamtliche Mitwirkung recht vieler Mitglieder, die irgendwelche Funktionen übernommen haben, und durch rege praktische Mitarbeit aller Mitglieder. Das lehrt uns nötig, um in der Gesamtheit jenes Maß von Kenntnis, Verständnis für die Wirtschaftslage und die Vorgänge ringsum, jenes Maß von Anteilnahme und Gemeinschaftswillen zu erzeugen, ohne das ein erfolgreiches Handeln der Gewerkschaft in entscheidenden Augenblicken nicht möglich ist.

Die Leitenden Beamten müssen tunlichst von dem Übermaß täglicher Kleinarbeit entlastet werden, damit sie die Hände und vor allem den Kopf frei bekommen für die größeren Dinge, die ihnen obliegen und die in nächster Zeit mit wachsender Dringlichkeit und Schwere auf sie einstürmen werden. Alle mir bekannten Gewerkschaftsführer reisen sich auf in einem Übermaß von vielfältiger Arbeit, die meist nicht nur mit Verantwortung, sondern auch mit Verdruss, mit Auseinandersetzungen und Unfeindlichkeiten in den eigenen Reihen verbunden ist. Es wird Raubbau getrieben mit ihren Nerven. Und dieser Raubbau wird sich in kurzer Zeit rächen.

Es handelt sich nicht nur um eine Schonung der körperlichen und geistigen Kräfte, sondern auch um Freimachung der führenden Köpfe für die ruhige, gründliche Durchdenkung der ungewöhnlich wichtigen und schweren Aufgaben, die vor den Gewerkschaften stehen. Um nur eines als Beispiel zu erwähnen: Die Lohnpolitik der gesamten Gewerkschaften ist wenig erfolgreich gewesen; sie hat in den letzten vier Jahren eine dauernde Verschlechterung der Lebenshaltung für die Familienväter nicht verhindern können, aber zugleich sehr wesentlich zum Ruhm der deutschen Währung beigetragen. Gerade augenblicklich stehen wir am Beginn einer neuen Währung und vor der Gefahr, daß wiederum die Gewerkschaften keinen Vorteil davon haben. Diese Frage allein ist von solcher Bedeutung, aber auch von solcher Kompliziertheit, daß man wünschen möchte, jeder Gewerkschaftsführer hätte in jeder Woche einen vollen Tag, an dem er in aller Ruhe und Gründlichkeit die Zusammenhänge durchdenken, die Meinungen und Vorstellungen anderer prüfen könnte. Welches Vorstandsmitglied hat

seit Jahren auch nur einmal einen halben Tag den Kopf ganz frei für eine solche Prüfung? Solcher wichtigen und schwierigen Fragen gibt es viele. Und alle Organisation und Tätigkeit der Massen wird gutenteils erfolglos sein, wenn es den Führern nicht ermöglicht wird, sich ein richtiges Urteil zu bilden und dann die Mitgliedschaft über die gewonnenen Ergebnisse auszutüren. (Deutsche Metallarbeiterzeitung.)

Vermischte Nachrichten.

Eine Demonstration mit blutigem Ausgang. WTB meldet über Unruhen in Knapsack: Donnerstag morgen demonstrierte eine Menge von 2000 hauptsächlich jugendlichen Personen in der Abfahrt, in die noch arbeitenden Betriebe einzudringen. Die Polizei wurde mit Stein- und Bratwurstwürzen empfangen. Auch wurde aus dem Hinterhalt ein Schuß auf sie abgegeben, worauf die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch machten. Hierbei wurden zwei Personen getötet und eine dritte schwer verletzt.

Eisenbahnzusammenstoß. Auf dem Würzburger Hauptbahnhof stieß beim Verschieben eine Wagengruppe mit einem Gefangenentransportwagen zusammen, wobei 21 Gefangene und 2 Transportführer verletzt wurden. Die Gefangenen konnten nur mit großer Mühe aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden. Gegen 2 Bahndienstete wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Das Zeppelin-Luftschiff für die amerikanische Marine. Wie aus Friedrichshafen berichtet wird, ist das für die amerikanische Marine erbaute Zeppelin-Luftschiff jetzt nahezu fertiggestellt. Das Fahrzeug weist gegenüber den bisherigen Bauten insbesondere eine Neuerung auf, als die vorderste Gondel fast ganz schmal ist gebaut ist, um die Führungs- und Navigation nicht durch das Gewicht der Motoren und der Schrauben zu stören. Über der Gondel sind auch die Schlafräume angeordnet, um die dienstfreie Mannschaft nicht durch das Maschinengeschwätz zu belästigen. Mitte März wird voraussichtlich die erste Probefahrt beginnen, die 24 bis 25 Stunden dauern soll und an der die amerikanische Abnahmekommission teilnimmt. Man rechnet damit, daß etwa vier Wochen später die Reise über den Ozean angetreten werden kann. Die ältesten und bewährtesten deutschen Luftschiffführer werden sich in die Führung teilen. Die Oberleitung übernimmt der Mitarbeiter des verstorbenen Grafen Zeppelin, Dr. Faehnrich, ferner die bekannten Führer Fleminig und Lehmann, der während des Krieges mit einem U-Bootfischerei eine hunderfundige Dauerfahrt über den Nordsee ausgeführt hat. — Vor seiner Abreise soll das amerikanische Marinelaufschiff auch Berlin einen Besuch abstatten, ohne allerdings, wie es ursprünglich vorgesehen war, dort zu landen.

Wenn man zu stark „fröhlicht“! Eine heitere Szene spielte sich vor der 9. Straftammer in Berlin ab. Es wurde dort gegen einen Angeklagten wegen Hohlelei verhandelt. Schon ehe die Sache zur Verhandlung kam, hörte man auf dem Flur vor dem Sitzungszimmer großen Lärm. Als dann die Zeugen aufgerufen wurden, trat einer von ihnen, ein Tapetier F., dessen physisches Gleichgewicht offensichtlich ebenso gestört war, wie sein seelisches, hochroten Kopfes vor und rief, von Schlüden unterbrochen, dem Gericht zu: „Bei mir heißt es strammstehen. Ich werde euch schon reinlegen, ihr Jungens!“ Auf eine Zeugin deutend, ließ er dann: „Hier, die junge Frau wird freigelassen. Damit ist die Sache erledigt. Basti. Ihr könnt jetzt abtreten.“ Der Vorsitzende riefte an den Zeugen die Frage, ob er angefahren sei. Dieser erwiderte: „Keine Spur, ich habe 'n bisschen stark gefröhlicht und bin angeföhlt. Aber das macht nichts. Die Sache ist hiermit erledigt.“ Der Staatsanwalt beantragte, den Zeugen wegen Ungehörs zu zwei Tagen Haft zu verurteilen. Das Gericht war aber anderer Ansicht und nahm ihn in eine Strafe von 300 Goldmark. Als dann der Vorsitzende den Mann hinauswies, rief der Befremde: „Ihr Brüder, mit euch werde ich schon fertig werden.“ Daraufhin wurde der Zeuge zu einer 24tägigen Haftstrafe sofort abgeführt. Trotzdem verlor dieser seinen „Humor“ nicht und fragte den Justizwachtmeister: „Herr Oberleutnant, wo geht die Reise hin?“ Erst als er dann im Gefängnis saß, dämmerete ihm die Erkenntnis und recht kleinlaut bemerkte er: „Siehst du, kommt davon. Nu bitte in der Soldzelle.“

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 19. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Das Geschäft war heute außerordentlich still. Umsätze wurden kaum bekannt, die Preise waren gedrückt, da die zweite Hand wegen Geldmangels mit dringendem Angebot im Markt blieb. (Preise in Rentenmark per 1000 Kilo): Weizen 156—162, Roggen 142—144, Hafer 112—124, Wintergerste 152—156, Sommergerste 163—168 ab inländischer Station einschließlich Pommern, ausländ. Gerste 163—166, Mais 160—174 frei Kaitwagen, Deliketten geschäftlos.

Futtermittel. Hamburg, 19. Januar. Mais 160 in Rentenmark 845, Reissfuttermehl (24proz.), Januar-März in Toss. 1,45, Rapsfutter, Januar-März, in holl. Gulden 7,85, Kokosfutter, Januar-März, in holl. Gulden 10,75, Inlandswiesenfutter, Mais 160—174 frei Kaitwagen, Deliketten geschäftlos.

Hu und Stroh. Hamburg, 19. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Weizenheu, lose 1,70, gebreit 2,70, Getreidestroh, gebündelt 1,—, gebreit 1,10, alles je Zentner in Rentenmark exkl. Deckenmiete, frei Waggon inländischer Verladestation, Tendenz: unverändert still bei überwiegendem Angebot.

Sen und Stroh. Hamburg, 19. Januar. Im Großhandel steht der Preis für: Weizenheu, lose 1,70, gebreit 2,70,

Getreidestroh, gebündelt 1,—, gebreit 1,10, alles je Zentner in Rentenmark exkl. Deckenmiete, frei Waggon inländischer Verladestation, Tendenz: ruhig.

Kohlen-Hirke

108-9) Kohls. Kohlen. Briquetts. Holz.
Gelbelplatz, Telephone 3605, 3606, 3607.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten“ zum Preise von wöchentlich 55 Pfsg. zur freien Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____

Bacchusnacht

Amtlicher Teil

Eisbrechgebühren.

Die auf Grund der Bekanntmachung vom 27. Dezember 1923 zu entrichtenden Eisbrechgebühren kommen vom 22. Januar d. J. nicht mehr zur Erhebung. (10862)

Lübeck, den 21. Januar 1924.

Die Senatskommission
für Handel und Schifffahrt.

Die Finanzkasse ist künftig an allen Wochentagen von 8—12 Uhr vormittags, an den Sonnabenden für den Personenverkehr geöffnet. (10855)

Lübeck, den 19. Januar 1924.

Das Finanzamt.

Offizielle Justierung. Chefrau Dorothea Johannsen geb. Burmeister, Travemünde, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wefer, Lübeck, klagt gegen Fischereihaus Peter Emil Johannsen, früher Travemünde, jetzt unbekannter Aufenthaltsort, mit Antrag: Che der Parteien zu scheiden, Verklagten für schuldig zu erklären. Klägerin ladet

Belegungen zur mündlichen Verhandlung vor Landgericht Lübeck Civilkammer III, auf Dienstag, 11. März 1924, morgens 10 Uhr, mit Aufrufforderung, einen bei diesem Gericht zugelassenen Anwalt zum Vertreter zu bestellen. (10838) Lübeck, 16. I. 1924. Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Nichtamtlicher Teil

Zum sofortigen Antritt suchen wir

2 intelligente Lübeckerinnen- (Mädchen)

im Alter von 14 bis 15 Jahren. Persönliche Vorstellung mit Zeugnissen und Lebenslauf bei der

10849 Lübecker
Maschinenbau-Gesellschaft.

Für die vielen Bewerber herzliche Teilnahme bei dem Ende meines lieben Mannes, sowie für die treirischen Worte von Herrn Pastor Degener, sage ich auf diesem Wege meinen aufrichtigen Dank. (10854) Frau Emma Genau.

Junge Mädchen sucht Beschäftigung; gleich welcher Art. Ans. u. C 661 a. d. Exp. (10838)

Jung. Mädchen s. für nachmitt. Beschäftigung. Ans. u. C 602 an die Exp. d. Bl. (10855)

Fr. Frau m. e. Handarbeit sucht Stellung irgend w. Art. Ans. u. C 599 a. d. Exp. d. Bl. (10856)

Gitarrentechnik
zu Dienst gründl. (10842)
Willie Wende
Hannoversche 86.

2 Zimmer-Wohnung m. Küche u. Büröar. Ans. u. C 600 a. d. Exp. (10837)

Gr. Bisch. und Katzenb., Terrier, usw. C 652 (10852) Ans. d. Bl. 1356.

Verloren: 1. Lehrling Sonnab. M. 11.25. Abze. der Deere & Volckmann, 10859) Rigastr. 18.

Verloren: Sonnabend abo. a. d. Exp. Glandorp. H.-Glockenitz - Mostr. Allee 1 jäm. Belärgen. Abzug gegen Belohnung Glandorpstr. 20 ab. (10856)

J. H. Pein
Lübeck

Mari 10/12

Breite Straße 6/8.

Das bekannte Gast-

haus für (10153)

Arbeiter-Familien,

Bereitstellung,

Garten-Terrassen,

Küchen-Komplett.

Exp. Kursfachschule

**Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter**
zu haben in der (3762)
**Buchhandlung
Lübecker Volksbote.**

Damenkleiderstoffe

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da direkt ab sächsischer Fabrik,

F. Speithmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg)
10760 Etagengeschäft.

Preise bedeutend herabgesetzt!
Billigste Bezugsquelle!



Beitragsmarken
für Vereine und
Gewerkschaften
hergestellt und liefert prompt, preis-
wert und in jeder Ausführung
Buddekerlei Seide. Meyer & Co.

Visitenkarten
herstellt an die
Buchdruckerei von
Friedr. Meyer & Co.

Daetz & Stahl

(10848)

Zwei preiswerte Mäntel

1. Mantel aus besten englischen und schweren farbigen Winterstoffen in allerbester Qualität. Mod. Ulster- und Winckelformen.

* * *

2. Imprägnierte Mäntel aus prima Zwirn - Covertcoat, lose, weite Formen, mit Gurt, offen und geschlossen zu tragen. ☺☺☺☺☺

19.—

Bacchusnacht

Selbstbeschöller!

Herren-Ledersohle, i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- 0.60—1.00
Garantiert rein Leder!
Auf Wunsch kann auf Stopperi gewartet werden. 10881

Fünfhausen 1.



LACHEN LINKS

DAS WITZBLATT DER REPUBLIK

12 Seiten Mehrfarbendruck

PREIS 25 P.FENNIG

Zu beziehen durch
Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“,
Johannisstraße 46.

Jeden Freitag neu!

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Dienstag, den 22. Januar, abends 7½ Uhr:
VERSAMMLUNG DER FÄLTIGEN GENOSSEN
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und der neuen Ausweiskarte. (10844)

Wahltagstisch Dienstag, d. 22. Januar, abds. 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.

10844)

N.G.B.L.E.V. Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Zu Montag, dem 28. Januar, abends 7½ Uhr, werden alle Mitglieder zu einer **VERSAMMLUNG** eingeladen.

Tagesordnung:

Erweiterung der Leistungen, so daß außer der Bestattung die Kosten des Begräbnisses gewährt werden können.

Nach der Versammlung ist die erste ordentliche General-Versammlung, zu der die gewählten Vertreter vollzählig erscheinen wollen. (10840)

Der Vorstand.

Deutscher Verkehrs Bund.

Ortsverwaltung Lübeck.

10847

Versammlung

der Roll- u. Block-

wagenfahrer

am Dienstag, d. 22. Jan.

abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Wahlen.

2. Verschiedenes.

Trocadero.

Wittelsbach 4. F. 707

Täglich ab 5 Uhr

nachmittags:

Grimmungs-

Konzerte.

10861

Versammlung

der

Lastadiearbeiter

am Dienstag, d. 22. Jan.

abends 7½ Uhr,

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Bericht der Wohn-

kommission.

2. Wahlen.

Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.

Die 3 Aufführungen

Montag, Dienstag, Mittwoch 7½ Uhr:

Der große Lacherfolg

,Muschi“

mit Henry Vahl, Asta

Hofer, Hertha Witz u.

Gerd Charlier.

Im III. Akt: (10851)

Java-Trott

getanzt von Hertha Witz

und Gerd Charlier.

Stadttheater Lübeck.

Dienstag, 7.30 Uhr:

Die Ratten.

Mittwoch, 7.00 Uhr:

Tannhäuser. (10827)

Gas cbm 21 Goldpf., Lichtstrom kwh 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpf. (10841)

Bacchusnacht

„Der Kommunist“

Das Organ der Kommunistischen Vereinigung zur Bürgerschaftswahl erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Einmalig am Mittwoch, dem 23. 1. 24. Redaktion u. Geschäftsstelle: Hegidienstraße 15. Einzelnummer: 10 Pfennig.

10846)



Westfälischer Hartkoks

in allen Körnungen

Braunkohlen-Briketts

Grudekoks, Eiform-Briketts

Brennholz

Prompfe Lieferung frei Haus und ab Lager.

Robert Gerdtz

Königstraße 81

Fernspr. 9023

Bacchusnacht